

Entwicklung der Presse in Russland seit Anfang der 90er Jahre

Diplomarbeit

im Fach Mediendokumentation
Studiengang Wissenschaftliche Bibliotheken
der
Fachhochschule Stuttgart – Hochschule der Medien

Irene Milchert

Erstprüfer: Prof. Susanne Speck
Zweitprüfer: Prof. Manfred Nagl

Bearbeitungszeitraum: 15.07.2002 bis 15.10.2002

Stuttgart, Oktober 2002

Kurzfassung

In der vorliegenden Arbeit wird die Entwicklung der Presse in Russland seit der Auflösung der Sowjetunion analysiert.

In einem kurzen historischen Rückblick werden zunächst die Rolle und Funktion der Printmedien in der ehemaligen Sowjetunion erläutert. Im Hauptteil der Arbeit wird der Prozess des Funktions- und Strukturwandels der Presse nach dem Zusammenbruch der UdSSR beleuchtet. Um zu verdeutlichen, wie komplex und widersprüchlich der Übergang von totalitär gesteuerten zu freien Medien ist, wird einerseits die Verankerung der Meinungs- und Pressefreiheit in demokratischen Gesetzen näher beschrieben und andererseits die restriktive Medienpolitik der Regierung dargestellt.

Schlagwörter: Russland; Pressefreiheit; Printmedien; Massenmedien

Abstract

This dissertation analyses the development of the press in Russia since the dissolution of the Soviet Union.

First of all, the role and the function of the print media in the former Soviet Union is explained in a short historic review. The main part of the treatise examines the process of the functional and structural change of the press after the breakdown of the USSR. On the one hand the embodiment of the freedom of speech and the freedom of the press in democratic laws is described in more detail and on the other hand the restrictive media politics of the government is depicted in order to illustrate the complexity and the contradiction of the transition from media that are totalitarian run to free media.

Keywords: Russia; press; freedom of Press; print media; mass media

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	2
Abstract	2
Abbildungsverzeichnis	5
1. Einleitung	6
2. Historischer Hintergrund: Medien in der ehemaligen UdSSR	8
2.1 Die Entwicklung des sowjetischen Pressewesens	8
2.2 Die sowjetische Presse Mitte der achtziger Jahre.	10
2.3 Das Pressegesetz der UdSSR: „Gesetz über die Presse und andere Mittel der Masseninformation“	12
2.4 Die Neuordnung des sowjetischen Pressewesens	13
2.4.1 Die Umsetzung des sowjetischen Pressegesetzes	14
2.4.2 Fazit	15
3. Das Pressewesen in der Russischen Föderation	16
3.1 Machtwechsel und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Massenmedien	16
3.2 Medienrechtliche Normen	18
3.2.1 Das russische Mediengesetz: „Gesetz über die Massenmedien“	19
3.2.2 Die russische Verfassung	19
3.2.3 Das „Gesetz über das Staatsgeheimnis“	20
3.2.4 Das „Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz von Information“	21
3.2.5 Zusammenfassende Beurteilung	21
3.3 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Pressewesen	22
3.4 Einstieg von Fremdfirmen in den russischen Pressemarkt	25
3.4.1 Motive und Interessen der Redaktionen	25
3.4.2 Motive und Interessen der Investoren	25
3.5 Vertrauensverlust in die Presse	30

3.6 Die nationale Presse	31
3.7 Die Regionalpresse	34
3.8 Erweiterung der Staatskontrolle über die Massenmedien	36
3.8.1 Beispiel Tschetschenien	41
4. Schlussbetrachtung	46
Literaturverzeichnis	49

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter sowjetischer Zeitungen	11
Abbildung 2 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter sowjetischer Zeitschriften	11
Abbildung 3 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter russischer Tageszeitungen	23
Abbildung 4 Entwicklung ausgewählter russischer Wochenzeitungen	23

1. Einleitung

Ende der 80er Jahre haben die Massenmedien, besonders die Presse, in der Sowjetunion den Höhepunkt ihrer Liberalisierung erreicht. Während der Reformzeit unter Gorbačev hatte die Presse zum ersten Mal die Chance, sich frei zu entfalten und spielte beim darauffolgenden politischen und gesellschaftlichen Umgestaltungsprozess, der zur Auflösung der Sowjetunion führte, eine entscheidende Rolle. Mit dem Zusammenbruch des Machtmonopols der KPdSU und der Auflösung der UdSSR 1991 schienen günstige Voraussetzungen für die Presse vorhanden zu sein, ihre Funktion als Vermittler neuer sozialer und politischer Ansätze der Demokratisierung auszubauen und auf den gesellschaftlichen Wertewandel stärker einzuwirken. Die vergangenen Jahre zeigten aber, dass der Übergang von totalitär gesteuerten zu freien unabhängigen Medien sich weit komplexer und widersprüchlicher erwies als vielleicht erwartet.

Die vorliegende Arbeit analysiert die Entwicklung der Presse in Russland seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Es soll dargestellt werden, wie widersprüchlich dieser Prozess verlief. Um dies zu verdeutlichen wird einerseits die Festhaltung der Meinungs- und Pressefreiheit in demokratischen Gesetzen näher beleuchtet, andererseits die restriktive Medienpolitik des Staates dargestellt. Ebenso soll der Zusammenhang zwischen dem Funktions- und Strukturwandel der Printmedien und den politischen und wirtschaftlichen Staatskrisen und Veränderungen der letzten zwölf Jahre deutlich gemacht werden.

Der eigentliche Untersuchungszeitraum setzt 1991 mit der Auflösung der Sowjetunion und der Gründung der Russischen Föderation im dritten Kapitel ein. Um den Werdegang des Pressewesens in Russland nachvollziehen zu können, ist jedoch ein Rückblick auf die Entwicklung der Presse in der ehemaligen Sowjetunion notwendig, die anfangs im kurzen Überblick dargestellt wird.

Die Literatursuche gestaltete sich wider Erwarten sehr schwierig, da es zwar viele westliche wissenschaftliche Veröffentlichungen gibt, die die Reformprozesse, die in der ehemaligen Sowjetunion Mitte der 80er Jahre einsetzten, er-

läutern und dabei auch die Rolle der Massenmedien berücksichtigen, jedoch gibt es über die Entwicklungen der Massenmedien, insbesondere der Presse, seit dem Zusammenbruch der UdSSR nur wenige wissenschaftliche Quellen. Als besonders aufwendig erwies sich die Suche nach Materialien über die Entwicklungen im Printmedienbereich der letzten fünf Jahre.

Ein großer Teil der Informationen für die vorliegende Arbeit stammt aus Publikationen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (BIOST). Ebenfalls wurde in großem Umfang auf Zeitungen- und Zeitschriftenpublikationen zurückgegriffen, in denen vor allem die Themen Pressefreiheit und Tschetschenien-Krieg behandelt wurden. Diese Publikationen wurden vom „Media Perspektiven“-Archiv zur Verfügung gestellt. Die Unterlagen enthielten jedoch leider keine Seitenzahlen, weshalb die bibliographischen Angaben dieser Quellen unvollständig sind.

Als eine wichtige Quelle erwies sich im Laufe der Arbeit das Internet. Hier konnte auf einige wichtige russische Artikel und Texte zugegriffen werden, die in Originalsprache auf CD-ROM dieser Arbeit beigefügt sind. Alle Zitate aus relevanten Gesetzen oder Texte, deren Inhalt hier wiedergegeben wurde, wurden von Dipl. Übersetzerin V. Milchert übersetzt.

2. Historischer Hintergrund: Medien in der ehemaligen UdSSR

Um den Werdegang des Pressewesens in Russland nachvollziehen zu können, ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Presse in der ehemaligen Sowjetunion notwendig.

Eine freie Presse hat sich in Russland bis zur Auflösung der UdSSR nie entwickeln können. Der von der Zensur bestimmten Phase zaristischer Herrschaft folgten Jahrzehnte des Sozialismus, in denen sich die Presse zu einem wichtigen Propagandaapparat der KPdSU entwickelte.

2.1 Die Entwicklung des sowjetischen Pressewesens

Die Oktoberrevolution 1917 veränderte die zaristische bürgerliche Gesellschaftsordnung in Russland von Grund auf. Nach den Jahren des Kriegskommunismus wurde 1922 die Sowjetunion gegründet.

Schon die ersten kommunistischen Führer Lenin¹ und vor allem sein Nachfolger Stalin² erkannten, dass „Information Macht ist“³ und sahen in der Presse das wichtigste Propagandamittel. Um die politische Macht der kommunistischen Partei zu festigen und die Sowjetunion und den Sozialismus als überlegene Herrschaftsform in der Welt⁴ aufzubauen, waren Mittel der Massenkommunikation nötig. Nur durch gezielte Propaganda konnten die Menschenmassen mobilisiert werden, nur so konnten die Ideen der Partei und der Führer vorangetrieben werden.

Eine von der Partei kontrollierte Informationspolitik und ein Informations-, Meinungs- und Ideologiemonopol waren die Grundvoraussetzungen für die

¹ Der Revolutionärsname des Wladimir Iljitsch Uljanow

² Bedeutet „der Stählerne“ und ist der Revolutionärsname des Georgiers Iosif Vissarionovic Džugašvili

³ Hübner, P.: Russland: Ein Jahrzehnt nach der sowjetischen Informationsdiktatur: Scheitern Informationsfreiheit und Demokratie, zerbricht die staatliche Einheit? In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 2000, H. 2, S. 7

⁴ Vgl. Präambel der sowjetischen Verf. 1977, abs. 1: „Es begann die welthistorische Wende der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ In: Handbuch der Sowjetverfassung Bd. 1 / redigiert von Martin Fincke. Berlin: Duncker und Humblot, 1983. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München: Reihe Wirtschaft und Gesellschaft; H. 19), S. 110

Machtausübung des kommunistischen Systems.⁵ Agitation und Propaganda der Partei durften nicht durch widersprüchliche Informationen beeinträchtigt werden. Schon im November 1917 wurde von Lenin ein „Dekret über die Presse“ erlassen, das alle oppositionellen Zeitungen und Zeitschriften verbot. Mit der Gründung der zentralen Zensurbehörde „Glavlit“ (Hauptverwaltung für Angelegenheiten der Literatur und der Verlage) wurde offiziell die Zensur eingeführt⁶ und so die inhaltliche Abhängigkeit der Massenmedien vom Staat gestärkt. Es gab geheime Vorschriften, die alle zu zensurierenden Punkte enthielten. Mit der Zeit mussten die Zensurbehörden aber kaum mehr eingreifen, da sich unter den Journalisten, die durch berufliche Benachteiligungen und Repressionen eingeschüchtert waren, eine Selbstzensur entwickelte.⁷

Die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln ermöglichte ein staatliches Monopol an Mitteln der Massenkommunikation, an Druckereien und Papierfabriken⁸ und bewirkte eine materielle Abhängigkeit der Massenmedien von Staat und Partei.

Die Monopolisierung wurde durch zentralisiertes Sammeln der Information, zentralisierte Informationsverbreitung und zentrale Selektion der Information ausgedehnt. Zu diesem Zweck wurden zentral gelenkte Institutionen gegründet, wie etwa die Telegraphenagentur TASS, die über das Monopol an Informationen aus dem In- und Ausland verfügte⁹, und andere Nachrichtenagenturen.

Die inhaltliche, materielle und ideologische Abhängigkeit ermöglichte eine direkte Kontrolle des Staates und der Partei über die Mittel der Massenkommunikation.

⁵ Vgl. Deppe, J.: Über Pressefreiheit und Zensurverbot in der Russländischen Föderation: Eine Untersuchung über die gesetzliche und tatsächliche Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie. Hamburg, Univ., Diss., 2000, Kap. 1.8.
URL: <http://www.russianmedia.de/dissertation/index.htm>, Zugriff am 17. 07.02

⁶ Vgl. Wendler, H.: Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur. Die Rolle der Printmedien im Prozess des politischen Systemwandels 1990 bis 1993. Franz Golczewski; Karl-Heinz Schlarp; Günter Trautmann (Hrsg.). Münster: Lit 1995. (In: Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik; Bd. 6), S. 37

⁷ Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 1.5

⁸ Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 1.1

⁹ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 41

2.2 Die sowjetische Presse Mitte der achtziger Jahre.

Mit den Jahren entwickelte sich die sowjetische Presse zu einem Propagandaapparat der KPdSU und bis 1985 gab es keine wesentlichen Veränderungen in der Struktur des Pressewesens. Zwar wuchs zur Zeit der Entstalinisierung bzw. des „Tauwetters“ unter N. S. Chrusčev der Mut zur alternativen Information, die durch Samisdat¹⁰ verbreitet wurde, aber die KPdSU war weiterhin nicht bereit, ihren Anspruch auf das Informations- und Meinungsmonopol aufzugeben.

Mit der Ernennung Gorbačevs zum Generalsekretär der KPDSU im März 1985 begann in der Sowjetunion die Zeit der Reformen. Mit der Politik der „Perestrojka“ (Umbau, Umgestaltung) wollte Gorbačev die Autorität der KPdSU zurückgewinnen, das sowjetische Modell modernisieren sowie den ökonomischen Zerfall überwinden.¹¹

„Glasnost“ (Offenheit, Transparenz) war ein Instrument dieser Reformpolitik. Gorbačevs Anliegen war es, die Bevölkerung in den Reformprozess einzubeziehen. Dies sollte durch größere Offenheit geschehen. Die Massenmedien sollten die Gesellschaft für die Erneuerungen mobilisieren und zur treibenden Kraft der Reformpolitik werden.¹²

Die Reformen ermöglichten eine begrenzte Lockerung der inhaltlichen Abhängigkeit. Die kritische Berichterstattung nahm unaufhaltsam zu. Zunehmend wurden in Zeitungen und Zeitschriften soziale Missstände erörtert. Es erschienen Artikel über Korruption und Bürokratie sowie Fehltritte der Justiz. Zwar wurde das Maß der Presse- und Informationsfreiheit immer noch durch die machtpolitischen Interessen der Politiker bestimmt, aber die „Glasnost-Kampagne“¹³ ließ sich nicht mehr aufhalten. Nach und nach hatte man Mut, über stalinistischen Verfolgungsterror und seine Opfer ebenso wie den Einsatz sowjetischer Truppen in Afghanistan zu diskutieren, sowie über die Grundlagen des sozialistischen Wirtschaftssystems. Ein Tabuthema nach dem anderen wurde zur Sprache gebracht, und die Zeitungen waren nie so spannend und

¹⁰ Samoisdatelstwo (Selbstverlag): im Selbstverlag erscheinende verbotene Literatur.

¹¹ Vgl. Hübner, P. 2000: a.a.O., S. 4

¹² Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 2.2

¹³ Wendler, H.: a.a.O., S. 50

aktuell wie in späten Perestroikajahren.¹⁴

Die Abbildungen zeigen, wie rapide die Auflagenzahlen in diesen Jahren anstiegen.¹⁵

Zeitung	Nummern Pro Jahr	Auflage pro Ausgabe (in Mill.)				
		1985	1987	1988	1989	1990
Trud	300	16,7	18,1	19,0	19,8	20,0
Komsomol'skaja Pravda	300	13,2	17,0	17,6	17,6	20,4
Pravda	365	10,5	11,1	10,7	9,7	6,5
Izvestija	365	6,7	8,0	9,6	10,1	9,5
Literaturnaja Gazeta	52	3,0	3,1	3,8	6,3	4,2
Argumenty i Fakty	52	1,4	3,2	9,1	20,5	31,5

Abbildung 1 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter sowjetischer Zeitungen

Zeitschrift	Nummern Pro Jahr	Auflage pro Ausgabe (in Mill.)				
		1985	1987	1988	1989	1990
Rabotnica	12	15,9	17,5	19,8	20,4	-
Krestjanka	12	14,3	17,6	18,9	20,4	-
Ogonek	52	1,5	1,8	1,8	3,1	4,1
Novyj mir	12	0,4	0,5	1,1	1,6	2,4
Znamja	12	0,2	0,3	0,5	1,0	0,9
Družba Naroda	12	0,2	0,2	0,8	1,1	-

Abbildung 2 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter sowjetischer Zeitschriften

¹⁴ Vgl. Geißlinger, E.: Zwischen Putsch und Preissteigerung: Russische Medien auf dem Weg vom „alten“ zum „neuen“ Journalismus. In: Publizistik: Vierteljahresshefte für Kommunikationsforschung. Christina Holtz-Bacha; Arnulf Kutsch; Wolfgang R. Langenbucher [u.a.] (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verl. GmbH 1997, 42. Jg., S. 346-360

¹⁵ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 133-134. Erstellt nach: Paul Roth: Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow. Unveröffentlichtes, ungekürztes Manuskript, München 1990, S. 120 und Soia Koester-Thoma: „Die sowjetische Publizistik im Zeichen der umfassenden Umgestaltung des Landes“. In: Siegfried Baske (Hrsg.): Perestrojka. Multidisziplinäre Beiträge zum Stand der Realisierung in der Sowjetunion, Wiesbaden 1990, S. 184

Der Wandel der Berichterstattung trug zum Zerfall des Informations- und Pressemonopols bei. Die Parteiführung erkannte schon früh, dass Glasnost Gefahr für das System bedeutet. Es wurde eine Reihe von Maßnahmen veranlasst, die den Prozess aufhalten sollten, z. B. Begrenzung populärer Reformblätter durch eingeschränkte Papierzuteilung und Druckkapazitäten.¹⁶ Ebenso wurde von der Seite des Zentralkomitees und Politbüros immer wieder der Versuch unternommen, die Verabschiedung eines Pressegesetzes zu verzögern.

2.3 Das Pressegesetz der UdSSR: „Gesetz über die Presse und andere Mittel der Masseninformati^on“¹⁷

In der Geschichte des sowjetischen Pressewesens gab es immer wieder Forderungen nach einem eigenen Pressegesetz, dessen Verabschiedung aber nie durchgesetzt werden konnte.

Im Jahre 1986 hat sich Gorbačev für die Ausarbeitung eines Presse- und Informationsgesetzes ausgesprochen.

Der erste relativ liberale Gesetzentwurf lag dem Obersten Sowjet schon 1987 vor, stieß aber auf Widerstand der Parteispitze und wurde nicht weiter verfolgt.¹⁸ Trotz der Behinderungen der staatlichen Zensurbehörde „Glavlit“, wurde 1988 ein Alternativentwurf für ein Pressegesetz veröffentlicht. Dieser wurde von den progressiven, liberal eingestellten Juristen des „Instituts für Staat und Recht“ der Akademie der Wissenschaften M. Fedotow, W. Entin und J. Baturin ausgearbeitet.¹⁹

Nach mehrjährigen Debatten zwischen konservativen, politisch verantwortlichen Kräften und progressiven, liberalen Wissenschaftlern und Journalisten wurde der Alternativentwurf mit Ausnahme einiger Änderungen doch zur Grundlage des sowjetischen Mediengesetzes.²⁰

¹⁶ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 53

¹⁷ Übersetzung: „Закон о печати и других средств массовой информации“

¹⁸ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 61

¹⁹ Vgl. Hübner, P.: Der Zerfall des „einheitlichen Informationsraums“ in Russland und der ehemaligen Sowjetunion. Teil I: Presselandschaft. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 1995, H. 49, S.8

²⁰ Vgl. Hübner, P. 1995: a.a.O., S. 8-9

Das „Gesetz über die Presse und andere Mittel der Masseninformatiön“ trat im August 1990 in Kraft. In 39 Artikeln wurde die individuelle Meinungsfreiheit und die Informationsfreiheit garantiert, eine staatliche Einmischung in die Medien untersagt, das Zensurverbot eingeführt ebenso wie das Recht der Bürger auf Gründung und Herausgabe eigener Medien. Außerdem wurde den Redaktionen das Recht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit zugestanden. Untersagt waren Aufrufe zum Umsturz der konstitutionellen Ordnung, die Verbreitung von Pornographie, Kriegspropaganda sowie Propagandierung rassistischer, religiöser und nationalistischer Intoleranz.²¹

2.4 Die Neuordnung des sowjetischen Pressewesens

Schon vor der Verabschiedung des sowjetischen Pressegesetzes wurden einige wichtige Neugründungen partei- und staatsunabhängiger Zeitungen und Zeitschriften vollzogen, wie z. B. die im Frühjahr 1990 gegründete „*Nesavissimaja Gazeta*“ (Unabhängige Zeitung), die sich sehr schnell zum Symbol der freien Presse entwickelte,²² oder das seit ebenso 1990 erscheinende Wirtschaftsblatt „*Kommersant*“ (Großhändler). Die Wochenzeitung berichtet hauptsächlich über Wirtschaft und Handel, enthält aber auch politische und soziale Themen.

Ebenso kam es Ende der 80er Jahre zur verstärkten Bildung der alternativen Presse. Anfang 1990 waren in der UdSSR mehr als 1000 alternative Zeitungen und Zeitschriften bekannt.²³ Es waren entweder Publikationen, die eine Partei oder Vereinigung repräsentierten, oder Publikationen, die völlig unabhängig waren. Ein Anliegen der alternativen Presse war es, sich von der offiziellen in ihrer Berichterstattung deutlich zu unterscheiden.

Nach der Verabschiedung des Pressegesetzes kam es zu einer Vielzahl von Neugründungen von Zeitungen und Zeitschriften, die hauptsächlich von staats-

²¹ Vgl. Russian Media Law, URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/ZoSMI1990.htm>, Zugriff am 20.07.02

²² Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 73

²³ Vgl. Manev, O.: Etablierte und alternative Presse in der Sowjetunion unter den Bedingungen der Perestroika. In: Media Perspektiven, Frankfurt a. M., 1991, H. 2, S. 96-103

unabhängigen Organisationen herausgegeben wurden. Allein im März 1991 gab es in der Sowjetunion ca. 8 000 registrierte Zeitungen und Zeitschriften, von denen fast die Hälfte Neugründungen waren.²⁴

Im Bereich der bereits etablierten Presse vollzog sich insoweit eine strukturelle Veränderung, dass mehrere Redaktionen nun als „Begründer“ an die Stelle der staatlichen Herausgeberorganisationen traten.²⁵ Ausschlaggebend hierfür war das Bestreben der Redaktionen, den Drohungen und Publikationsverboten der Herausgeber zu entgehen. Somit vollzog sich die erste vermögensrechtliche Privatisierung der Zeitungen. Diese wurden in Aktiengesellschaften geschlossenen Typs, deren Anteilseigner in der Regel nur die Mitarbeiter der Zeitung waren, umgewandelt.

2.4.1 Die Umsetzung des sowjetischen Pressegesetzes

Die ungehinderte Umsetzung des Pressegesetzes war äußerst schwierig. Denn auch nach seiner Verabschiedung blieb die Vormachtstellung der Partei bestehen. So waren das Fernsehen und ein Großteil der Printmedien nach wie vor im Besitz von Staatsinstitutionen und die Hauptinformationsquelle war weiterhin die staatliche Nachrichtenagentur TASS. Auch an der ökonomischen Abhängigkeit der Printmedien hat sich wenig geändert, da der Großteil der Papier- und Druckindustrie vom Staat kontrolliert wurde. Ebenso war zunächst das Eingreifen der Zensurbehörde „Glavlit“, die keinesfalls aufgelöst, sondern nur in „GUOT“ (Hauptverwaltung zum Schutz von Staatsgeheimnissen beim Ministerrat der UdSSR) unbenannt wurde, nicht selten auf der Tagesordnung.

Zugespitzt hat sich die Situation, als der militärische Einsatz sowjetischer Truppen im Baltikum im Januar 1991 von der Presse scharf kritisiert wurde.²⁶ Diese Vorgehensweise der progressiven Presse führte dazu, dass Gorbatschow die Abschaffung des Pressegesetzes durchzusetzen versuchte, um so die Medien

²⁴ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 74

²⁵ Vgl. Hübner, P.: Pressefreiheit in Russland: Großaktionäre als Zensoren? In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.), Köln, 1998, H. 34, S. 3

²⁶ Vgl. Steinsdorff, S.: Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit: Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993. Prof. Dr. Margareta Mommsen (Hrsg.). Münster; Hamburg: Lit 1994. (Osteuropa-Studien; Bd. 1), S. 259

wieder der Kontrolle des Obersten Sowjets zu unterstellen.²⁷ Sein Vorhaben scheiterte. Aber die staatlichen Übergriffe auf einige Zeitungen verstärkten sich.

2.4.2 Fazit

Die Verabschiedung des Pressegesetzes in der UdSSR und die Abschaffung der Zensur bedeutete nicht gleichzeitig den Sieg der Pressefreiheit und die Unabhängigkeit der Medien. Denn nach wie vor war die Zahl der unabhängigen Zeitungen und Zeitschriften, die Demokratie und den Liberalisierungsprozess propagierten, sehr gering.²⁸ Hauptsächlich handelte es sich dabei um die überregionale liberale Reformpresse und Publikationen des Samisdat. Der Großteil der Printmedien war aber weiterhin vom traditionellen Meinungs- und Verlautbarungsjournalismus geprägt.²⁹ Nach und nach hat sich im sowjetischen Pressewesen eine Polarisierung zwischen der liberalen und konservativen Presse entwickelt, die wegen des immer noch mangelnden demokratischen Verständnisses der Journalisten verstärkt wurde.³⁰ Die Journalisten verstanden sich weniger als Vermittler der demokratischen Prinzipien, vielmehr propagierten sie die ideologischen Ziele verschiedener strategischer Gruppen.

Dennoch kann man zusammenfassend feststellen, dass trotz der restriktiven Medienpolitik der Regierung und dem Scheitern des größten Teils der liberalen Forderungen des Pressegesetzes, v. a. wegen des weiterhin bestehenden staatlichen Informationsmonopols, allein schon seine Verabschiedung maßgebend für die weitere Entwicklung des russischen Pressewesens war. Durch das Gesetz erlangten die progressiven Journalisten, die schon längst bereit waren über die wirklich katastrophale politische und wirtschaftliche Lage des Landes zu berichten, das Selbstbewusstsein, sich kritisch zu äußern. Im Laufe der Perestroikajahren entwickelte sich die Presse zur „vierten Gewalt“. Sie hatte einen enormen Einfluss auf den Wandel gesellschaftlicher Werte und Normen³¹ und hat nicht zuletzt zum umfassenden Systemwandel der Sowjetunion beigetragen.

²⁷ Vgl. Steinsdorff, S.: a.a.O., S. 262

²⁸ Vgl. Manaev, O.: a.a.O., S. 97

²⁹ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 125

³⁰ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 84

³¹ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 124

3. Das Pressewesen in der Russischen Föderation

3.1 Machtwechsel und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die Massenmedien

Die sich immer weiter zu einer grundlegenden Systemkrise ausweitende Kritik am sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystem, kontinuierliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation und die zunehmenden Unabhängigkeitsbestrebungen der Unionsrepubliken führten am 19. August 1991 zu einem Putschversuch konservativer Kräfte.

Das selbsternannte „Staatliche Komitee für den Ausnahmezustand“ erließ ein Presseverbot, von dem nur neun Zeitungen ausgenommen waren, u.a. „Pravda“, „Izvestija“ und „Trud“.³² Während sich die Masse der Presse dem Verbot beugte, setzte sich die Reformpresse für den Widerstand ein. So wurde von 12 Redaktionen verbotener Zeitungen illegal eine Widerstandszeitung „Obščaja Gazeta“ (Allgemeine Zeitung) herausgegeben. Ebenfalls wurden illegale Sonderausgaben verbotener Zeitungen veröffentlicht.³³

Schon am 21. August konnte der Putsch niedergeschlagen werden. Die Niederlage der Putschisten führte nicht zuletzt auf das entschlossene Handeln der Presse, die den Restaurationsversuch zu verhindern und den Reformkurs zu verteidigen versuchte, und Widerstand der Bevölkerung.³⁴

Die instabile Situation wurde von dem am 12. Juni 1991 zum ersten Präsidenten der Russischen Republik (RSFSR) gewählten Boris El'cin, der als radikaler Reformler sehr populär war, genutzt.³⁵

Am 21. August erklärte er alle von den Putschisten erlassenen Dekrete für rechtswidrig. Dem folgte ein Tätigkeitsverbot für die KPdSU und am 24. August trat M. Gorbachev als Generalsekretär zurück. Ende Dezember 1991 trat Gorbachev auch als Staatspräsident zurück und somit wurde die Sowjetunion offiziell aufgelöst.

³² Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 88

³³ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 89

³⁴ Vgl. Steinsdorff, S.: a.a.O., S. 267

³⁵ Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 2.4

B. El'cin erließ eine Reihe von Dekreten, die u.a. ein Verbot von sechs Zeitungen enthielten, die der Zusammenarbeit mit den Putschisten beschuldigt wurden.³⁶ Ebenfalls wurden alle staatlichen Druckereien und Verlage dem russischen Presse- und Informationsministerium unterstellt und die staatlichen Nachrichtenagenturen TASS und APN erhielten neue Direktoren,³⁷ deren Loyalität El'cin sich ziemlich sicher sein konnte.

Auch innerhalb der Redaktionen gab es zu dieser Zeit einige Veränderungen. So wurden Chefredakteure von einigen Redaktionen entlassen. Einige Zeitungen und Zeitschriften nutzten auch die Zeit, um sich von staatlichen Kontrollorganen als Herausgeber zu trennen.³⁸

Auch wenn die meisten progressiven Journalisten in Boris El'cin die besten Voraussetzungen für die weitere demokratische Entwicklung des Pressewesens in Russland sahen, wurde sein Vorgehen gegenüber den Massenmedien auch von seinen Anhängern scharf kritisiert. Die Kritik führte letztendlich dazu, dass El'cin im September 1991 das oben genannte Zeitungsverbot aufhob.

Nach dem Erlangen der staatlichen Souveränität entwickelte sich in Russland bald eine Doppelherrschaft zwischen dem demokratisch gewählten, reformfreundlichen Präsidenten Boris El'cin und dem reformfeindlichen Parlament (Oberster Sowjet). In diesem Konflikt, der eine Verfassungskrise, eine politische Blockade und letztendlich die gewaltsame Auflösung des Parlaments 1993 nach sich führte, versuchte jede Seite die Medien für sich zu instrumentalisieren.³⁹

Zwar wiederholte El'cin immer wieder, dass er sich für die freie Presse in Russland einsetzen wolle, aber schon Anfang der 90er Jahre deutete sein Handeln darauf hin, dass die staatliche Kontrolle über die Massenmedien ausgeweitet werden sollte.⁴⁰

³⁶ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S: 90

³⁷ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 91

³⁸ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 91

³⁹ Vgl. Trautmann, Ljuba: Demokratisierung oder Resowjetisierung?: Die russischen Massenmedien im Transformationsprozess. In: Medien und Transformation in Osteuropa. Barbara Thomas; Michaela Tzankoff (Hrsg.). 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 2001, S. 188

⁴⁰ Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 2.6

Das russische Presseministerium versuchte durch Warnungen und Drohungen einige Veröffentlichungen, die von der Regierung nicht erwünscht waren, zu verhindern.⁴¹ Nach wie vor gab es ein staatliches Monopol, das Nachrichten und Informationen regelte. Die Nachrichtenagenturen TASS und IAN wurden Anfang 1992 per Dekret zu ITAR-TASS (Informations-Telegraphenagentur Russlands-TASS) zusammengelegt. Ebenso wurde die Agentur APN „Novosti“ zur sich in staatlichem Besitz befindenden Aktiengesellschaft RIA „Novosti“ (Russische Informationsagentur) umgewandelt. Staatsunabhängige Nachrichtenagenturen wie „Interfax“ waren materiell und personell den staatlichen weit unterlegen.⁴² Die meisten russischen Zeitungen und Zeitschriften, Nationalpresse ebenso wie Regionalpresse, bekamen ihre Informationen also durch ITAR-TASS.

Ein weiterer Versuch, die staatliche Kontrolle über die Massenmedien zu erweitern, war das im Dezember 1992 gegründete „Föderale Informationszentrum“ (FIZ), das direkt dem Präsidenten unterstellt ist. Dem FIZ wurden die staatliche „TV – Rundfunkgesellschaft Ostankino“ und das Pressezentrum der russischen Regierung untergeordnet, ebenso sollte das FIZ die staatseigenen Nachrichtenagenturen koordinieren und leiten.⁴³

Dennoch ist an dieser Stelle zu erwähnen, dass trotz der oben genannten Versuche des Staates, die Kontrolle über die Massenmedien zu erweitern, es dennoch im Sinne der Regierung war, die Meinungs- und Pressefreiheit in demokratischen Gesetzen zu verankern.

3.2 Medienrechtliche Normen

Im Laufe der 90er Jahre wurden in Russland einige Gesetze verabschiedet, die verschiedene Aspekte als Voraussetzung für die Pressefreiheit enthalten.

⁴¹ Vgl. Steinsdorff, S.: a.a.O., S. 289

⁴² Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 94

⁴³ Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 2.6

3.2.1 Das russische Mediengesetz: „Gesetz über die Massenmedien“

Im Dezember 1991 löste das russische „Gesetz über die Massenmedien“⁴⁴ das sowjetische Pressegesetz ab. Bei der Durchsetzung des Gesetzes gab es ähnliche Schwierigkeiten wie beim sowjetischen Gesetzestext, denn der Oberste Sowjet versuchte wieder durch Änderungsvorschläge die Pressefreiheit einzuschränken, was jedoch nach breiten Protesten der Bevölkerung nicht gelang.⁴⁵ Im Großen und Ganzen unterscheidet sich das russische Mediengesetz inhaltlich kaum von seinem Vorgänger. In einzelnen Punkten berücksichtigt es aber einige Mängel, die bei der Umsetzung des sowjetischen Gesetzes auf Kritik gestoßen waren.⁴⁶ Die Definition der Zensur wurde präzisiert sowie Richtlinien zur Verhinderung von Monopolbildungen im Medienbereich vorgegeben. Außerdem wurde festgelegt, dass die „Gründer“ von Medien nicht in die herausgeberischen Tätigkeiten eingreifen dürfen.⁴⁷

3.2.2 Die russische Verfassung

Die russische Verfassung vom Dezember 1993 definiert Russland im Art. 1 als demokratischen Rechtsstaat. Sie besitzt nach Art. 15 Abs.1 die höchste Rechtsverbindlichkeit zur Durchsetzung individueller Rechte und Freiheiten⁴⁸ und gilt als „Oberstes Gesetz“ (Osnovnoj zakon). Dem Präsidenten wird in der neuen Verfassung eine rechtlich starke Stellung eingeräumt. Er besitzt nicht nur exekutive, sondern auch legislative Kompetenz.

Die Freiheitsrechte des russischen Pressegesetzes wurden im Artikel 29 der neuen russischen Verfassung festgelegt. Es heißt:

- „1. Jedem wird die Freiheit des Gedankens und des Wortes gewährt.*
- 2. Eine Propaganda oder Agitation, die soziale, rassische, nationale oder religiöse Feindschaft und Hass schürt, ist nicht gestattet. Das Propagieren sozialer, russischer, nationaler, religiöser oder sprachlicher Überlegenheit ist verboten.*

⁴⁴ Vgl. Russian Media Law: „О средствах массовой информации“:
URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/ZoSMI%20RF%202002.htm>, Zugriff am 17.08.02

⁴⁵ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 98

⁴⁶ Vgl. Steinsdorff, S.: a.a.O., S. 288

⁴⁷ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 207

⁴⁸ Vgl. Hübner, P.: Pressefreiheit in Russland: Das Recht auf freien Zugang zu Information. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 1997, H. 43, S. 7

3. Niemand darf zur Äußerung seiner Meinung und Überzeugung oder zum Widerruf gezwungen werden.

4. Jeder hat das Recht, auf beliebige, gesetzlich zulässige Weise Informationen zu suchen, zu bekommen, zu überbringen, herzustellen und zu verbreiten...

5. Die Freiheit der Massenmedien wird gewährleistet. Die Zensur ist verboten.⁴⁹ (Übersetzung)

3.2.3 Das „Gesetz über das Staatsgeheimnis“

Ein weiteres bedeutendes Gesetz ist das „Gesetz über das Staatsgeheimnis“,⁵⁰ das 1993 verabschiedet wurde.

Die russische Verfassung enthält im Art. 29 Abs. 4 insoweit eine Einschränkung des Rechts auf Information, dass sie die Festlegung „eines Verzeichnisses der Informationen, die ein Staatsgeheimnis darstellen“ vorsieht. Ebenfalls heißt es im „Gesetz über die Massenmedien“ im Art. 4 Abs.1, dass „die Massenmedien u. a. nicht zur Preisgabe von Staatsgeheimnissen missbraucht werden dürfen“.⁵¹

Im „Gesetz über das Staatsgeheimnis“ wird zum einen im Art. 2 Abs. 1 der Begriff „Staatsgeheimnis“ definiert:

„... vom Staat geschützte Informationen auf dem Gebiet seiner militärischen, außenpolitischen, wirtschaftlichen Tätigkeit ..., deren Verbreitung der Sicherheit der RF Schaden zufügen kann...“⁵² (Übersetzung)

Zum anderen wird im Art. 4 Teil 2 die „Liste der Informationen, die zu Staatsgeheimnissen erklärt werden“ bestimmt. Was aber tatsächlich zum „Staatsgeheimnis“ gehört, ist trotzdem nicht klar genug präzisiert, weil Art. 9 vorsieht, dass diese Liste zum einen „nach Notwendigkeit überprüft und ergänzt werden kann“ und zum anderen zusätzliche Listen von bevollmächtigten Behörden er-

⁴⁹ Vgl. Russian Media Law: Конституция Российской Федерации:

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/RF%20Verfassung.htm>, Zugriff am 17.08.02

⁵⁰ Vgl. Russian Media Law: “О государственной тайне”:

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/gostaina.htm>, Zugriff am 17.08.02

⁵¹ Vgl. Russian Media Law: “Gesetz über die Massenmedien”: a.a.O.

⁵² Vgl. Russian Media Law: „Gesetz über das Staatsgeheimnis“: a.a.O.

stellt werden können, die zudem auch noch nicht veröffentlicht werden dürfen.⁵³ Letztendlich wird im Art. 7 definiert, welche Informationen kein Staatsgeheimnis sind, u.a. Informationen über Katastrophen und Zustand der Ökologie, Bildung, Informationen über Verletzungen der Rechte und Freiheiten der Bürger⁵⁴ usw. Im Art. 1 des Gesetzes wird genau festgelegt, welche Organisationen und welche Personen aufgrund ihres Amtes Geheimnisträger sind. Für die Preisgabe der geheimen Informationen sind dem Gesetz nach nur diese verantwortlich. Trotzdem wird jedoch Journalisten sehr oft Verrat von Staatsgeheimnissen vorgeworfen, und sie werden strafrechtlich verfolgt.⁵⁵

3.2.4 Das „Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz von Information“

Das „Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz von Information“ wurde im Februar 1995 verabschiedet. Das Gesetz enthält wichtige Regelungen zum Informations- und Datenschutz sowie Informationszugang, u.a. werden hier ein Klagerecht gegen Informationsverweigerung und Falschinformation, sowie straf- und verwaltungsstrafrechtliche Haftung wegen ungerechtfertigter Zugangsbeschränkungen zur Information festgelegt.⁵⁶

3.2.5 Zusammenfassende Beurteilung

Auch wenn die Verfassung, das „Gesetz über die Massenmedien“, das „Gesetz über das Staatsgeheimnis“ und das „Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz der Information“, sowie das hier nicht erwähnte Strafrecht, den Bürgern und Journalisten umfangreiche Informationsrechte garantieren, sieht es in der Praxis oft anders aus.

P. Hübner meint, es sei ein Schwachpunkt aller gesetzlichen Regelungen über das Recht auf Information, dass sie keine konkreten Maßnahmen gegen Verletzung dieses Rechts formulieren, sondern nur auf andere Gesetze wie z. B. das Strafrecht verweisen.⁵⁷ Nach über zehn Jahren zeigte die Praxis, dass der freie

⁵³ Vgl. Hübner, P. 1997: a.a.O., S. 13

⁵⁴ Vgl. Hübner, P. 1997: a.a.O., S. 14

⁵⁵ Vgl. Hübner, P. 1997: a.a.O., S. 14

⁵⁶ Vgl. Russian Media Law: „Об информации, информатизации и защите информации“:
URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/Zinfo.htm>, Zugriff am 17.08.02

⁵⁷ Vgl. Hübner, P. 1997: a.a.O., S. 18

Informationszugang durch oft spärliche oder gar nicht begründete Informationsverweigerung enorm eingeschränkt wird. Bis jetzt waren aber die Versuche der Gesetzgeber, die Situation in den Griff zu bekommen, selten und ohne Erfolg. So wurde am 23. Mai 2002 ein „Gesetzentwurf über das Recht auf Information“ durch die Duma abgelehnt. Zwar werden im Kodex der russischen Föderation „Über administrative Rechtsverletzung“ die Rechte der Redaktionen auf Erhalt von Informationen durch verschiedene Verwaltungen gewissermaßen geschützt, indem die Möglichkeit vorgesehen wird, die Administrationen im Fall der unbegründeten Informationsverweigerung zur juristischen Verantwortung zu ziehen. In der Regel dauern die Untersuchungen in solchen Fällen bis zu einem Monat und länger. Für die Redaktionen sind jedoch solche „Wartezeiten“ oft inakzeptabel, weil dadurch schlicht und einfach die Aktualität der Berichte verfällt.

Vor allem die staatliche Verweigerung des Zugangs zu Informationen gehört u.a. zu den verbreitetsten Verletzungen von Rechten der Journalisten, deshalb wird weiterhin die Meinung vertreten, das Problem könne nur durch ein föderales Gesetz endgültig gelöst werden, das nicht nur das Recht auf Erhalt der Information garantiert, sondern vor allem die Realisierung dieses Rechts.⁵⁸

3.3 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Pressewesen

Die begrenzten marktwirtschaftlichen Prinzipien, die noch vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion eingeführt wurden, bewirkten im ganzen Land starke Produktionseinbrüche, die sich auch auf die wirtschaftliche Lage der Printmedien auswirkten.

Um die enormen Preissteigerungen bei Papier-, Druck- und Vertriebskosten bewältigen zu können, wurden die Verkaufspreise um das zweifache, in manchen Fällen um das vierfache, angehoben.⁵⁹ Preisanhebungen und Inflation führten zur Schwächung der in Russland traditionellen Abonnementspresse. In der ehemaligen Sowjetunion orientierten sich die Printmedien stark an den un-

⁵⁸ Vgl. Kobayakov, A. a): Nowij Kodex-nowije garantii polučeniija informazii.
URL: <http://www.mediasprut.ru/info/pravo/zumkodex.shtml>, Zugriff am 20.08.02

⁵⁹ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 85

terschiedlichen Interessen der Leser. Aufgrund der thematischen Spezialisierung gab es eine Vielzahl an Zeitungen und Zeitschriften mit hohen Auflagenzahlen.⁶⁰ Diese Spezialisierung führte auch dazu, dass die meisten Haushalte mehrere Zeitungen und zusätzlich Zeitschriften abonnierten. Dies war auch möglich, weil Zeitungen und Zeitschriften in der UdSSR sehr billig waren. Nach den Preissteigerungen sind die Abonnements für die Leser schlicht zu teuer und für die Presseunternehmen unrentabel geworden.

Dies hat sich schnell an den Absatzzahlen, die kontinuierlich abnahmen, widerspiegelt. Die folgenden Tabellen zeigen, wie dramatisch die Auflagenzahlen sanken.⁶¹

Zeitung	Auflage pro Ausgabe (in Mill.)				
	Dez. `91	Jan. `92	Juni `92	Dez. `92	Jan. `93
Trud	18,469	13,528	-	12,472	3,953
Komsomol'skaja Pravda	17,860	13,490	2,500	-	1,900
Pravda	2,628	1,385	1,385	1,010	0,500
Izvestija	4,700	3,800	3,800	3,200	1,000
Rossijskaja Gazeta	0,615	1,006	1,006	0,805	0,737
Nezavisimaja Gazeta	0,270	0,200	0,200	0,200	0,100

Abbildung 3 Entwicklung der Auflagenzahlen ausgewählter russischer Tageszeitungen

Zeitung	Auflage pro Ausgabe (in Mill.)				
	Dez. `91	Jan. `92	Juni `92	Dez. `92	Jan. `93
Argumenty i Fakty	24,228	25,714	26,453	26,175	12,050
Nedelja	2,000	1,000	1,000	1,000	0,700
Moskovskie Novosti	1,750	0,953	0,900	0,800	0,800

Abbildung 4 Entwicklung ausgewählter russischer Wochenzeitungen

⁶⁰ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 38

⁶¹ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 136-137. Erstellt nach: Alexej Koslatschow / Nikolaj Solowjew: „Who is Who auf dem Zeitungsmarkt in Russland?“ In: Wostok, 38. Jg., Nr. 6, Dezember/Januar, S. 75

Die marktwirtschaftliche „Schocktherapie“ der russischen Regierung Anfang 1992, die die Streichung staatlicher Subventionen, die Aufhebung der Preisbindung und Einführung der Mehrwertsteuer nach sich führte, wirkte sich finanziell katastrophal auf die Printmedien aus und hat vor allem die staatsunabhängige Presse destabilisiert.⁶² Der Plan⁶³ der Regierung, die Presse mit Zuschüssen und Darlehen zu unterstützen, war ein geschickter Schachzug, denn so wurde eine finanzielle Abhängigkeit einiger Printmedien vom Staat bewirkt. Der Plan sah auch die Unterstützung staatsunabhängiger Presse vor. In der praktischen Umsetzung wurden aber hauptsächlich staatliche Zeitungen unterstützt.⁶⁴

Nur wenige Medien konnten durch Werbung, Kooperationsverträge mit westlichen Medienkonzernen oder andere Einnahmequellen eine relativ stabile finanzielle Grundlage schaffen.

So z. B. das 1990 gegründete Wirtschaftsblatt „Kommersant“, das es im Laufe der Jahre geschafft hat, einen gleichnamigen Konzern zu gründen. Durch die Herausgabe von einigen Zeitungen und Zeitschriften, ebenso wie Fachbüchern aus dem Bereich Ökonomie und Wirtschaft und den Aufbau von Datenbanken, konnte sich der Konzern eine unabhängige finanzielle Lage schaffen.⁶⁵

Ein weiteres Beispiel für die gelungene Bildung eines unabhängigen Pressekonzerns ist die Wochenzeitung „Argumenty i fakty“. Es werden heute eine Reihe von auflagenstarken Beilagen aus der AiF-Gruppe herausgegeben, die unter den Lesern sehr populär sind. In den größeren Städten wie St. Petersburg werden Regionalbeilagen herausgegeben, um so das Blatt für die Regionaleser interessanter zu machen.⁶⁶

Die finanzielle Selbstständigkeit erlaubte es solchen Konzernen eine unabhängige und objektive politische Linie zu entwickeln.

⁶² Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 100

⁶³ später, das 1995 erlassene „Gesetz über die staatliche Unterstützung der Massenmedien“, Vgl. Russian Media Law:

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/Aid%20of%20the%20State.htm>, Zugriff am 17.07.02

⁶⁴ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 107

⁶⁵ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 23-24

⁶⁶ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 24 und Homepage „Argumenty i fakty“ URL: <http://www.aif.ru>, Zugriff am 18.08.02

Die Bildung unabhängiger Pressekonzerne war aber nicht unbedingt repräsentativ für die Printmedien, denn die meisten mussten entweder auf staatliche Subventionen zurückgreifen oder die Beteiligung von kapitalstarken Großfirmen und Banken zulassen.⁶⁷

3.4 Einstieg von Fremdfirmen in den russischen Pressemarkt

3.4.1 Motive und Interessen der Redaktionen

Wie oben erwähnt war der Hauptgrund für die Entscheidung einiger Redaktionen, Anteile an Großfirmen und Banken zu verkaufen, die finanzielle Krise, die viele Zeitungen und Zeitschriften in den Ruin getrieben hat. Für die Redaktionen war jedoch nicht nur die ökonomische Sicherheit wichtig. Von größter Bedeutung war das Bestreben, trotz der wirtschaftlichen Abhängigkeit die journalistische Unabhängigkeit beizubehalten.⁶⁸ Für viele demokratisch gesinnte Zeitungen war eine private Trägerschaft jedem staatlichen Besitz vorzuziehen, weil sie am ehesten Unabhängigkeit sicherte.

Während einige Blätter, wie z. B. „Obščaja gazeta“, bereits 1992 finanzielle Unterstützung durch Sponsoren aus der Wirtschaft zuließen,⁶⁹ versuchten andere auf Unterstützung dieser Art zu verzichten, um wirklich unabhängig zu bleiben, so die „Nesavissimaja Gazeta“. Erst als die Tageszeitung 1995 so verschuldet war, dass sie vorübergehend nicht erscheinen konnte, stimmte ihr Chefredakteur W. Tretjakow einem Vertrag mit einem Sponsor zu.⁷⁰

3.4.2 Motive und Interessen der Investoren

Die Motive und Interessen der Großfirmen und Banken für die Beteiligung am Medienmarkt waren nicht nur ökonomischer, sondern auch politischer Art.

Gewiss hatten und haben die Fremdfirmen ein kommerzielles Interesse an Medien, denn langfristig gesehen ist der Medienmarkt ein expandierender und ge-

⁶⁷ Vgl. Wendler, H. a.a.O., S. 105

⁶⁸ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 13

⁶⁹ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 9

⁷⁰ Vgl. Wehner, M.: Die Pressefreiheit in Russland liegt in den Händen der Sponsoren: Das Beispiel zweier Moskauer Zeitungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 23.07.1997

winträchtiger.⁷¹ Ein weiteres wesentliches Motiv für private Investitionen in die Medien ist aber auch die sich daraus ergebende Möglichkeit, durch Medien die Politik zu beeinflussen und die Medien in eigenen wirtschaftlichen Interessen zu instrumentalisieren.

Nach dem staatlichen Privatisierungsprogramm⁷² in den Jahren 1991-1994 haben die privaten Anteilseigner bedeutend an politischem Einfluss gewonnen. Die Investoren versprachen sich durch den Einstieg in den zentralen Zeitungsmarkt und die Bildung von Informationsimperien mehr Einflussnahme auf die in Moskau konzentrierte politische und ökonomische Elite.⁷³

Mittlerweile ist die Aufteilung des russischen Medienmarktes, gemeint sind sowohl Printmedien als auch elektronische Medien, unter Privatpersonen, privaten Konzernen, Banken, staatlichen oder privaten halbstaatlichen Gesellschaften praktisch vollendet. Anfang 2000 sieht die Aufteilung folgendermaßen aus:⁷⁴

Regierung, Präsidialverwaltung, Parlament:

- Zeitungen: Rossijskaja Gazeta, Rossijskie Vesti, Parlamentskaja Gazeta
- Fernsehen: RTR, ORT (teils)

Stadtverwaltung Moskau:

- Zeitungen: Literaturnaja Gazeta, Večernahja Moskwa u.a.
- Fernsehen: TV-Zentrum

Boris Berezovskij, Logo VAZ:

- Zeitungen und Zeitschriften: Nezavissimaja Gazeta, Kommersant u.a. Ogonek
- Fernsehen: ORT (Anteile), TV-6 (Anteile)

Vladimir Gussinskij, Most-Gruppe:

- Zeitungen und Zeitschriften: Segodnja, Itogi u.a.

⁷¹ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 20

⁷² Vgl. Deppe, J.: a.a.O., Kap. 8.2

⁷³ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 15

⁷⁴ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 209

- Fernsehen: NTV, NTV-Plus, TV-Fernsehnetz

Vladimir Potanin, ONEXIM:

- Zeitungen: Izvestija (Kontrollpaket), Komsomol'skaja Pravda u.a.

Neben dem Staat und privaten Firmen hat die oben nicht erwähnte Kommunistische Partei einen nicht geringen Einfluss im russischen Medienbereich. Vor allem in Regionen stellen die kommunistischen Zeitungen eine starke Konkurrenz für die demokratische Presse dar.⁷⁵

Der Einstieg der Fremdfirmen in den russischen Medienmarkt kann sowohl positiv als auch negativ gewertet werden.

Im Prinzip hatten und haben sowohl die Firmen als auch die Presse, die von ihnen unterstützt wird, ein gemeinsames Interesse, und zwar die Erhaltung der demokratischen und marktwirtschaftlichen Bedingungen in Russland. Die kapitalstarken Konzerne, Firmen und Banken investierten und investieren hauptsächlich in Zeitungen, die demokratisch orientiert sind.⁷⁶ Das finanzielle Engagement der Firmen sicherte das Überleben vieler Massenmedien und sorgte für eine pluralistische Vielfalt der Blätter. Ebenso wurden eine Reihe von Printmedien von einer erneuten staatlichen Abhängigkeit bewahrt, was eine regierungskritische Berichterstattung weiter möglich machte. So gehörten z. B. die Zeitung „Segodnja“ und die Wochenzeitschrift „Itogi“, die von der V. Gussinskijs Most-Gruppe finanziert wurden, lange Zeit zu den kritischsten und angesehensten auf dem Zeitungsmarkt.⁷⁷ Ebenso gehört das Blatt „Kommersant“, das nach der Wirtschaftskrise 1998 von B. Beresowskij übernommen wurde, weiterhin zu den unter der russischen Intelligentsia populären Zeitungen.

Zu den negativen Aspekten gehört natürlich die durch die Beteiligung von Fremdfirmen entstandene, neue wirtschaftliche Abhängigkeit der Redaktionen von den Investoren. Zwar wurde in den meisten Fällen die Nichteinmischung

⁷⁵ Vgl. Pleines, H.: Entwicklungen im russischen Medienmarkt. In: Media Perspektiven, Frankfurt a. M., 1997, H. 7, S. 391-399

⁷⁶ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 16

⁷⁷ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 213

der Firmen in die Redaktionspolitik zugesagt,⁷⁸ die Gefahr der Einflussnahme existiert jedoch, und zwar nicht nur in Form einer ökonomischen Zensur oder finanziellen Bevorzugung, z. B. durch Gewährung von Krediten oder Zulagen für Journalisten,⁷⁹ sondern auch durch das Problem, dass die Sponsoren „ihre Medien wie eine Waffe im Kampf für die Aufteilung der Macht, für die Aufteilung von Besitzständen einsetzen“, so W. Loschak, Chefredakteur der Wochenzeitung „Moskowskije Nowosti“.⁸⁰

So steht es auf der Tagesordnung, dass die Zeitungen den „Firmenstandpunkt“ vertreten und auch zum Teil die politischen Neigungen ihrer Eigner widerspiegeln. Es gibt jedoch meistens mehrere Eigner, was die Einseitigkeit erschwert, außerdem erfordert die Berichterstattung der Zeitungen in solchen Fällen besonders gründliche Recherche und glaubwürdige Argumente. Die Gefahr, durch widersprüchliche Publikationen anderer Medien, beim Publikum in Verruf zu kommen und an Glaubwürdigkeit zu verlieren, ist zu groß. Das fehlende Vertrauen der Leser führt zum Auflagenrückgang, was weder im Interesse der Redaktionen noch der beteiligten Firmen ist.⁸¹

Diese Aspekte führen jedoch zur Tatsache, dass durch die finanzielle durchaus auch eine inhaltliche Abhängigkeit entstehen kann.

Ein Beispiel dafür ist das Verhalten der demokratischen Medien während der Wahlkampagne zu den Präsidentschaftswahlen 1996. Bei diesen Wahlen ging es vor allem um die Frage, ob die Reformpolitik El'cins fortgeführt oder durch seinen Gegner, den Kommunisten Sjuganow, abgebrochen wird.⁸² Es liegt auf der Hand, dass die Finanzmogule an der Erhaltung der bestehenden Regierung in ihrem eigenen Interesse enorm interessiert waren. Ohne Unterstützung der „Medienmacht der Oligarchen“⁸³ wäre B. El'cin kaum als Sieger aus dieser Wahl hervorgegangen. Die russischen Medien haben sich widerstandslos in der Propagandainstrumente verwandeln lassen, und ihre Sponsoren wurden von

⁷⁸ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 14

⁷⁹ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 38

⁸⁰ Vgl. Nienhuysen, F.: Das Medienbuckeln: Auch Russlands liberale Wochenzeitung scheut die Kritik an Putin. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 03.07.2000

⁸¹ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 36-38

⁸² Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 17

⁸³ Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 223

Regierung für die Unterstützung belohnt.⁸⁴

Nach den Wahlen haben sich die Medien zwar wieder zunehmend kritisch gegenüber der Politik des Präsidenten und der Regierung geäußert,⁸⁵ aber die allgemeine Überzeugung, dass alle „Informationsmagnaten“ auf irgendeine Weise mit den Mächtigen liiert sind, und die objektive Berichterstattung durch die Abhängigkeit der Medien von Politik und Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen wird, hält bis heute an.⁸⁶

Auch vor den Parlamentswahlen 1999 und Präsidentenwahlen 2000 haben die Zeitungen und Zeitschriften, sowie Fernsehsender verstärkt die Interessen ihrer Investoren vertreten. Wie sich bestimmte Zeitungen über verschiedene Kandidaten und ihre Programme äußerten, hing davon ab, wen die Sponsoren der Zeitung im Moment politisch unterstützten.⁸⁷

Die Einflussnahme der Besitzer auf Redaktionen besteht, das leugnen auch die Chefredakteure renommierter Zeitungen nicht.⁸⁸ Was und wie berichtet wird, ist eine Frage der politischen Zweckmäßigkeit.

Das zeigt z. B. der Skandal, der durch einen 1997 von „Izvestija“ gedruckten Artikel ausgelöst wurde. Die Zeitung druckte einen kurzen Artikel aus dem französischen „Le Monde“ nach, in dem mit Hinweis auf amerikanische Quellen über das persönliche Vermögen des damaligen russischen Ministerpräsidenten W. Tschernomyrdin, das angeblich fünf Milliarden Dollar betrug, berichtet wurde. Von Seiten der Regierung wurde die Zeitung scharf kritisiert. Kurz darauf kündigte der Präsident der halbstaatlichen Erdölgesellschaft „Lukoil“, die große Anteile an „Izvestija“ besaß, seine Absicht an, den politischen Kurs und die Leitung der Zeitung zu wechseln. Der Präsident der Aktiengesellschaft „Izvestija“ und der Chefredakteur sollten nun von „Lukoil“ nominiert werden. Der damalige Chefredakteur Igor Golembiowski musste seinen Platz räumen. In diesen Reaktionen von Lukoil sah „Izvestija“ den Versuch einer politischen Zensur. Die Vorgehensweise von Lukoil wurde von „Izvestija“ so begründet, dass die Firma aus

⁸⁴ Vgl. Margolina, S.: Die letzte Bastion: Die Medienfreiheit in Russland ist in Gefahr – Aus russischen Zeitschriften. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 07.08.1997

⁸⁵ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 26

⁸⁶ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 229

⁸⁷ Vgl. Urban, T.: Boris und die Brandschützer. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 24.08.1999

⁸⁸ Vgl. Wehner, M.: a.a.O.

einem gewinnbringenden Projekt mit Gasprom von der Regierung ausgeschlossen zu werden befürchtete.⁸⁹

Die Schlussfolgerung ist, dass jede Information von verschiedenen Gruppen aus der Perspektive ihrer Interessen und als Instrument des politischen Einflusses bewertet wird. Das wissen auch die Leser, die zwar den Enthüllungen glauben, aber an der Ehrlichkeit der Journalisten zweifeln.

3.5 Vertrauensverlust in die Presse

Der Rückgang der Absatzzahlen im Printbereich seit Anfang der 90er Jahre hing nicht nur von der finanziellen Misere ab, dafür gab es auch andere politische und soziale Ursachen.

Die Berichterstattung in den letzten Perestroika-Jahren führte eine kritische Beurteilung des sowjetischen Staats- und Gesellschaftssystems sowie den Verfall traditioneller Werte und Normen nach sich. Vielen Menschen fiel es schwer, zu verstehen und zu akzeptieren, dass alles, woran mehrere Generationen geglaubt hatten, wofür sie gearbeitet und was sie erreicht hatten nun am Zusammenbrechen war. Die Enttäuschung von der alten und die Angst vor der neuen, nicht klar definierten, Ideologie führten seit 1991 zu einer wachsenden gesellschaftlichen Apathie und einem starken Vertrauensverlust in die Presse bei der Bevölkerung.⁹⁰ Eine Untersuchung ergab, dass 1994 immer noch 40 bis 45 Prozent der Befragten ihr Vertrauen den Medien schenkten, nur vier Jahre später misstrauten 42 bis 45 Prozent der Befragten den Medien.⁹¹

Der Vertrauensverlust in die Medien hängt zum großen Teil auch davon ab, dass die Massenmedien in Russland stark mit der Politik und Wirtschaft verflochten und zum Teil von ihnen abhängig und so für die Bevölkerung keine „selbstständigen Akteure“⁹² mehr sind.

⁸⁹ Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S.28-31

⁹⁰ Vgl. Wendler, H.: a.a.O., S. 123

⁹¹ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 229

⁹² Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 205

3.6 Die nationale Presse

In der ehemaligen UdSSR bestritt die zentrale Presse 73 Prozent der gesamten Presseauflage. Anfang 2000 waren es nur 30 Prozent, während die Auflagen der Printmedien aus Regionen die restlichen 70 Prozent ausmachten.⁹³ Mit den Auflagen sank auch der Einfluss der überregionalen Presse.

Nach der Einführung marktwirtschaftlicher Reformen und Preissteigerungen war der Leserschwund der zentralen Presse in der Provinz Russlands, wobei auch große Städte des Landes dazu gehören, viel höher als in Moskau.

Zum einen waren es die durch die Preissteigerungen verursachten allgemeinen Auflageneinbrüche sowie Verteuerungen der Abonnements, die dazu beitrugen. Ursprünglich gelangten die Zeitungen und Zeitschriften in die Provinzregionen hauptsächlich durch Abonnements. So bedeutete der allgemeine Rückgang der Abonnementauflagen gleichzeitig auch den Rückgang der zentralen Presse in der Provinz. Durch den Zusammenbruch des Vertriebssystems war die Zustellung sehr kostspielig und unzuverlässig geworden.⁹⁴ Mitte der 90er Jahre machten die Kosten für die Auslieferung an den Abonnenten 70 Prozent des Gesamtpreises aus. Die Versorgung der Leser war so schlecht, dass die zentralen Zeitungen sogar in den größten Städten Russlands wie St. Petersburg Mangelware waren.⁹⁵

Als Konsequenz haben einige zentrale Tages- und Wochenzeitungen ihren Vertrieb auf das Gebiet rings um Moskau verringert, andere haben mit der Herausgabe eigener Regionalblätter begonnen,⁹⁶ wie z. B. die Wochenzeitung „Argumenty i fakty“.⁹⁷

Die zentrale Presse, die zu Zeiten der Sowjetunion im ganzen Land tonangebend war und hohe Auflagen hatte, ist heute, trotz einiger Regionalausgaben außerhalb von Moskau und in einigen Wirtschaftszentren, kaum noch präsent

⁹³ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 212

⁹⁴ Vgl. Hübner, P. 1995: a.a.O., S. 15-17

⁹⁵ Vgl. Trautmann, L.: Russland zwischen Diktatur und Demokratie: Die Krise der Reformpolitik seit 1993. Dieter S. Lutz (Hrsg.) 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995. (Demokratie, Sicherheit, Frieden; Bd. 95), S. 184

⁹⁶ Vgl. Hübner, P. 1995: a.a.O., S. 18

⁹⁷ Vgl. Homepage „Argumenty i fakty“ URL: <http://www.aif.ru>

und spielt wegen der niedrigen Auflagen keine politische Bedeutung.⁹⁸ Die Beliebtheit oder das Ansehen der Zeitungen wird jedoch nicht an der Auflagenhöhe festgestellt, sondern an dem, wie groß das Vertrauen der Leser in die jeweilige Zeitung ist. Die Zeitungen „Nezavissimaja Gazeta“, „Obščaja Gazeta“, „Argumenty i fakty“, „Nowaja Gazeta“ oder „Kommersant daily“ gehören zu den angesehensten Zeitungen.⁹⁹ Die „Izvestija“ hatte z. B. zu sowjetischen Zeiten eine Auflage von 1,2 Millionen. Heute sind es zwar nur ca. 230 000 Exemplare, sie hat aber dennoch den Ruf einer seriösen und analytischen Zeitung.¹⁰⁰

Innerhalb der letzten zehn Jahren zeichnete sich aber ein enormer Funktionsverlust der nationalen Presse ab. Einer Untersuchung der Stiftung zum Schutz der Glasnost zufolge galt die russische Presse 1992 als „vierte Macht“. Später bezeichnete die Mehrheit der Journalisten dies als „Übertreibung“.¹⁰¹

Für den Funktionsverlust der Zeitungen gibt es mehrere Gründe, von denen einige, wie die wirtschaftliche Krise oder der Vertrauensverlust in die Presse bei den Lesern, in dieser Arbeit schon behandelt wurden. Als unmittelbare Folge dieser zwei Gründe ergibt sich ein weiterer, der hier erwähnt werden muss. Es handelt sich dabei um den Wandel der Leserinteressen, der bis zum heutigen Tag anhält. Die Bevölkerung wendet sich zunehmend den regionalen Themen und der Unterhaltung zu.¹⁰²

Die Leser haben schon längst das Interesse an der Politik, die in vielen russischen Zeitungen dominiert, verloren.¹⁰³ Populär sind nun vor allem ausländische Magazine wie „Vogue“ oder „Marie Claire“, die von russischen Redaktionen für russische Leserinnen konzipiert werden.¹⁰⁴ Ebenso greift der Leser ger-

⁹⁸ Vgl. Neubert, M.: Das Halsband: Die Kontrolle der Medien bringt Russland aus dem Gleichgewicht. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 16./17.02.2000

⁹⁹ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 212-213

¹⁰⁰ Vgl. Kobiakow, A.: Welche „Prawda“ ist wahrer?: Sowjetische Zeitungen – und was aus ihnen nach dem Ende der UdSSR wurde. In: Die Welt. Ausgabe vom 25.11.2000

¹⁰¹ Vgl. Kasakow, J.: Eingeschüchtert und erniedrigt: Die russischen Medien in den Zeiten des Umbruchs. In: Die Zeitung. Ausgabe vom Oktober 1995, S. 22-23

¹⁰² Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 211

¹⁰³ Vgl. Hassel, F.a): Viele wollen in Russland der Pressefreiheit an den Kragen: Die russische Presse leidet seit der Wende unter rasant fallenden Auflagenzahlen / Politische Einflussnahmen sind noch immer an der Tagesordnung. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 27.05.1998

¹⁰⁴ Vgl. Dubatow, A.: Hochglanz für Moskau: Von „Playboy“, „Vogue“ bis zur „Autorevue“: In Russland boomen westlich angehauchte Magazine. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 08.02.2000

ne zu Reise- und Showmagazinen sowie zu Magazinen rund um das Heim und den Heimwerker.¹⁰⁵

Die Zeitungen verlieren ihre Leserschaft jedoch nicht nur an Magazine, sondern in erster Linie an das Fernsehen.¹⁰⁶ Ungefähr 90 Prozent der russischen Bevölkerung geben das Fernsehen als wichtigste Informationsquelle an.¹⁰⁷ Eine wichtige Rolle spielt dabei auch die Tatsache, dass die elektronischen Medien in Russland immer noch gebührenfrei sind,¹⁰⁸ und dass führende Fernsehsender landesweit empfangen werden können.

Fast alle zentralen Zeitungen, die in der Printversion erscheinen, sind im Internet vertreten. Dadurch haben die Printmedien die Möglichkeit, ihre Ausgaben einem breiteren Publikum zu bieten.

Zu einer Verbreitung des Internet kam es in Russland erst Mitte der 90er Jahre, wobei vielen Redaktionen die Bedeutung des Internet schon Anfang der 90er klar wurde, denn nur so hatte man die besten Möglichkeiten, Informationen weltweit zu vergleichen.¹⁰⁹

Die Präsentation der Zeitungen und Zeitschriften im Internet ist unterschiedlich. So bieten einige Redaktionen, z. B. „Argumenty i fakty“ oder „Kommersant“, die elektronische Version der aktuellen Ausgabe nur als Abonnement. Es gibt aber auch Blätter, die ganze Ausgaben in elektronischer Form anbieten, wie z. B. viele regionale Zeitungen. Andere Redaktionen veröffentlichen im Internet nur Teile ihrer Publikationen, während die gedruckte Version erweitert wird. Ebenso gibt es ca. 25 Zeitungen und Zeitschriften, die nur im Internet erscheinen, z. B. Gazeta.ru oder Lenta.ru.¹¹⁰

Zwar ist das Internet in Russland noch kein Massenmedium, aber die Zahl der Internetnutzer nimmt stetig zu. Nach einer Untersuchung von Monitoring.ru stieg die Zahl der Nutzer, die mindestens einmal pro Woche im Internet surfen,

¹⁰⁵ Vgl. Hassel, F. b): Eine schlichte Todesanzeige verkündet das Ende des Telegrafens: Russlands Zeitungen und Fernsehsender werden von der Krise hart getroffen, schon gibt es erste Opfer. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 28.09.1998

¹⁰⁶ Vgl. Hassel, F. a) : a.a.O.

¹⁰⁷ Vgl. Schwarz, P. : Russland vor der Dumawahl. World Socialist Web Site.

URL: <http://www.wsws.org/de/1999/dez1999/duma-d17.shtml>, Zugriff am 10.09.2002

¹⁰⁸ Vgl. Pleines, H.: a.a.O., S. 393

¹⁰⁹ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 221

¹¹⁰ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 221

im Zeitraum zwischen Dezember 2000 und Februar 2001 von ca. 2,5 Mio. auf ca. 2,9 Mio. Nutzer. Über 50 Prozent der Internetnutzer sind vor allem an Nachrichten interessiert. Über zwei Drittel der Nutzer haben ein höheres Bildungsniveau. Im Vergleich dazu ist das Ergebnis einer weiteren Untersuchung interessant aus dem hervorgeht, dass die zentrale Presse ebenso hauptsächlich von Lesern mit höherem Bildungsniveau gekauft wird, während die Leserschaft allgemein über eine eher mittlere oder niedrige Bildung verfügt.¹¹¹

3.7 Die Regionalpresse

Von dem Schwund der zentralen Presse profitierte die regionale und lokale Presse. Schon 1994 überstieg ihre Auflagehöhe die der zentralen Presse um 11 Millionen Exemplare.¹¹² Wenn sich die Leser für den Kauf oder das Abonnieren einer Zeitung entscheiden, so ist es eher ein lokales oder regionales als ein zentrales Blatt. Einer der Gründe, der dafür spricht, ist die Verteuerung der überregionalen Presse. So konnte sich Mitte der 90er Jahre nur jede 20. Familie wenigstens eine der Moskauer Zeitungen leisten.¹¹³

Ein weiterer wichtiger Grund für das zunehmende Interesse der Leser an regionaler und lokaler Presse ist der, dass die zentrale Presse sich kaum für die Probleme der Regionen interessiert. Andererseits haben sich die Regionen gegenüber dem Zentrum stark verselbstständigt und zeigen sich gegenüber den gesamtstaatlichen Problemen eher gleichgültig. Die Leser interessieren sich vorwiegend für die naheliegenden Angelegenheiten, über die in der lokalen und regionalen Presse ausführlicher und aktueller berichtet wird.¹¹⁴

Eine bedeutende Ursache für den Niedergang der zentralen Presse in der russischen Provinz ist die Tatsache, dass die lokalen und regionalen Redaktionen hauptsächlich von örtlichen Betrieben und Administrationen abhängig sind. Die Behörden behindern oft die Verbreitung der überregionalen Presse, weil sie

¹¹¹ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 212

¹¹² Vgl. Pleines, H.: a.a.O., S. 393

¹¹³ Vgl. Kasakow, J.: a.a.O.

¹¹⁴ Vgl. Hübner, P. 1995: a.a.O., S. 18-22

sich, wenn sie sich überhaupt den Problemen der Regionen zuwenden, in der Regel mit den Missständen befassen.¹¹⁵

Durch die finanzielle Abhängigkeit werden die Redaktionen in ihrer Arbeit und Themenauswahl oft starkem Druck durch die Sponsoren ausgesetzt.¹¹⁶ Diese spannen die Presse für die Durchsetzung ihrer politischen und finanziellen Machenschaften ein und versuchen ihren Einfluss auf die regionalen Zeitungen immer weiter auszubauen. Ein Mittel ist dabei die Gewährung der Subventionen, wenn sich die Medien und Journalisten loyal gegenüber dem Staat bzw. den örtlichen Behörden verhalten.¹¹⁷

Gegen kritische Journalisten und Redaktionen in der Provinz wird oft massiv vorgegangen. Es kommt vor, dass ganze Zeitungsausgaben konfisziert werden. In manchen Fällen müssen Journalisten bei regionalen Behörden Genehmigungen für die Veröffentlichung ihrer Artikel einholen.¹¹⁸ Die Maßnahmen von Seiten der Administrationen reichen von Benachteiligung bei der Informationsbeschaffung über Drohungen bis hin zu Gewalttaten.¹¹⁹ Allein in den Jahren 1997 bis 1999 wurden in den russischen Regionen 25 Journalisten ermordet, wie z.B. Larissa Judina, Chefredakteurin der Zeitung „Sowjetskaja Kalmykia“. Sie wurde im Juni 1998 umgebracht, nachdem sie jahrelang über Korruption in der Regionalregierung berichtet hatte.¹²⁰

Ebenso der Journalist Walerij Iwanow aus Toliati (Ural), der im April 2002 mit einem Maschinengewehr erschossen in seinem Auto aufgefunden wurde. Iwanow veröffentlichte einige Artikel über Korruption unter den Lokalbehörden.¹²¹ Die Ermittlungsbehörden verfolgen solche Fälle unzureichend, die Täter werden fast nie bestraft.

¹¹⁵ Vgl. Hübner, P. 2000: a.a.O., S. 17-18

¹¹⁶ Vgl. Trautmann, L. 2001: a.a.O., S. 214

¹¹⁷ Vgl. Genug der Pressefreiheit? – In Russland und anderen GUS – Staaten stehen die Massenmedien unter zunehmendem Druck. In: Belarus – News.
URL: http://www.belarusnews.de/news_de/2001/politik/1020185743.shtml, Zugriff am 17.07.02

¹¹⁸ Vgl. Genug der Pressefreiheit?: a.a.O.

¹¹⁹ Vgl. Hübner, P. 2000: a.a.O., S. 18

¹²⁰ Vgl. Hassel, F. c): Die Angst vor der Informationsdiktatur: Russlands Medien stehen seit der Wahl Putins unter enormem Druck. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 31.05.2000

¹²¹ Vgl. Neuer Journalistenmord in Russland. In: Spiegel online. Ausgabe vom 03.05.2002.
URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,194552,00.html>, Zugriff am 17.07.02

3.8 Erweiterung der Staatskontrolle über die Massenmedien

Ende der 90er Jahre wurde es zunehmend klar, dass die größte Gefahr für die Pressefreiheit der Staat selbst darstellte. Nachdem die demokratischen Medien nach der Präsidentschaftswahl 1996, bei der fast alle El`cin unterstützt hatten, zunehmend kritisch die Regierungspolitik beleuchteten, wurde das Verhältnis zwischen der Regierung und den Medien zunehmend gespannter.¹²² Nach der Finanzkrise 1998 äußerte El`cin „sein tiefes Unbehagen“ über die kritische Berichterstattung im Fernsehen und den Zeitungen und forderte die drei national verbreiteten TV-Kanäle auf, „die Linie der Regierung zu unterstützen“.¹²³ Während der staatliche RTR - und der halbstaatliche ORT-Sender sich der Aufforderung beugten, weigerte sich der private Sender NTV seine Berichterstattung zu ändern.¹²⁴

Im selben Jahr wurde der Staatsbesitz an den Medien in einer Medienholding zusammengefasst, in der unter anderem auch technische Einrichtungen und Übertragungsdienste zur nationalen Verbreitung sämtlicher Fernsehkanäle zusammengeschlossen wurden. Private Sender, die auf staatliche Sendernetze immer noch angewiesen waren, mussten für die Übertragung ihrer Sendungen nun mehr zahlen als staatliche. Dies wurde als Versuch gedeutet, die staatliche Kontrolle über elektronische Medien zwei Jahre vor der Präsidentschaftswahl auszuweiten.¹²⁵

Unmittelbar nach Amtsantritt W. Putins als Präsident deuteten zahlreiche Beschlüsse und Gesetzesprojekte daraufhin, dass er neue Akzente in der russischen Medienpolitik setzen will.

Die folgende Chronik einzelner Beschlüsse verdeutlicht die Aussage des Korrespondenten Florian Hassel, sie wären Teil „einer planvollen Politik zur entgültigen Beseitigung der Pressefreiheit in Russland“.¹²⁶

¹²² Vgl. Hübner, P. 1998: a.a.O., S. 27

¹²³ Vgl. Baumeister, T.: Druck auf Russlands Presse: Jelzin versucht die Medien zu manipulieren. In: Die Zeitung. Ausgabe Nr. 3 von Juli/August 1998

¹²⁴ Vgl. Baumeister, T.: a.a.O.

¹²⁵ Vgl. Hülsmeier, D.: Pressefreiheit: IPI-Kongress in Moskau: Russische Journalisten beklagen Abhängigkeit. In: dpa-Informationen vom 28.05.1998

¹²⁶ Hassel, F. d): Der Geist sowjetischer Unterdrückung oder: Informationskrieg. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 29.07.2000

Zum Jahresbeginn 2000 unterschrieb Putin einen Erlass, aus dem hervorging, dass Rundfunkanbieter für die Nutzung der Übertragungsdienste den dreifachen Preis wie staatliche Anbieter zu bezahlen haben. Dies bedeutete für viele kleinere private Anbieter den finanziellen Ruin.¹²⁷

Im Mai drohte die russische Regierung mit dem Verbot von Medien, die „russischen Interessen feindlich gegenüberstehen“, ¹²⁸ gemeint waren vor allem elektronische Medien und Printmedien, die über den Krieg in Tschetschenien kritisch berichteten.

Im Juni wurde von Putin, ohne jegliche Begründung, der dem Präsidenten unterstellte Gerichtshof für Auseinandersetzungen über Informationsfragen, der 1994 von El'cin begründet wurde, geschlossen. Dieser Gerichtshof war von Medienexperten besetzt und besaß das Recht, über alle Medienstreitigkeiten zu entscheiden.¹²⁹

Im Juli berichtete die Zeitung „Nowije Izwestija“ von der Existenz einer durch Putin unterschriebenen Liste von 17 Zeitungen, die innerhalb eines Jahres unter Kontrolle gebracht werden sollten.¹³⁰

Das Presseministerium war zum wichtigsten Instrument für Putins Mediensteuerung geworden. Bereits kurz nach seinem Amtsantritt als Minister für Presse, Rundfunk und Massenkommunikation im Juli 1999 ließ Michail Lesin keinen Zweifel über seine Aufgaben. Er verkündete, die relativ liberale Medienpolitik El'cins sei ein Fehler gewesen, nun sei es seine Aufgabe, „die Medien zu zwingen, staatliche Interessen zu berücksichtigen“.¹³¹ Die durch das Presseministerium ausgesprochenen Verwarnungen waren ein weiteres Mittel zur Ausdehnung der staatlichen Kontrolle. Früher mussten sich russische Medien lediglich registrieren lassen. Anfang Juni 2000 kündigte Lesin an, dass nach einer bisher nicht beachteten Bestimmung des Lizenzgesetzes von 1998 alle Medien nun eine Lizenz zu beantragen haben. Einem Medium, das drei Verwarnungen be-

¹²⁷ Vgl. Kharina, N.: Vogelfrei: im goldenen Staatskäfig: Russland und die Pressefreiheit. In: epd Medien. Ausgabe Nr. 37 vom 12.05.2001

¹²⁸ Vgl. Pressefreiheit in der Russischen Föderation: Medien in Russland-zurück zur Gleichschaltung? In: Reporter ohne Grenzen. Pressemitteilung vom 14.06.2000.

URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/news/presse20000614a.html>, Zugriff am 17.07.02

¹²⁹ Vgl. Kharina, N.: a.a.O.

¹³⁰ Vgl. Hassel, F. d): a.a.O.

¹³¹ Vgl. Hassel, F. c): a.a.O.

komme, werde die Lizenz zunächst für ein halbes Jahr entzogen, per Gerichtsbeschluss könne sie aber auch ganz entzogen werden.¹³²

Im September 2001 wurde eine von Putin unterschriebene „Doktrin der Informationssicherheit“ veröffentlicht. Sie soll verhindern, dass die Medien „die nationale Sicherheit bedrohen“ und „unwahre einseitige Informationen“ veröffentlichen, so ihr Hauptautor Wladimir Scherstjuk.¹³³ In der Doktrin heißt es unter anderem, dass es in Russland nicht zu wenig, sondern zu viel Pressefreiheit geben würde. Die Rolle des Staatsfernsehens und anderer staatlicher Medien solle ausgebaut werden. An der „Deformierung des Systems der Masseninformati on“ ist nicht nur die Monopolisierung in Händen der Oligarchen schuld, sondern auch die „unkontrollierte Ausweitung ... ausländischer Medien...“. Es bedürfe „einer Präzisierung des Status ausländischer Informationsagenturen, Massenmedien und Journalisten“.¹³⁴ Im Februar 2002 wurde von Wladimir Putin ein Gesetz gestoppt, das das Medienrecht gegenüber ausländischen Investoren gelockert hätte. Nun dürfen auch in Zukunft höchstens 50 Prozent an russischen Medien von ausländischen Unternehmen erworben werden und bereits übernommene Anteile müssen zurückgegeben werden.¹³⁵ Durch einen ausländischen Mehrheitseigner erhofften sich einige russische Medien mehr Unabhängigkeit.

Da die Pressefreiheit und das Zensurverbot jedoch gesetzlich immer noch verankert sind, werden immer wieder neue Mittel für die Ausweitung der staatlichen Einflussnahme gesucht. So sind die Massenmedien oft „subtilen Formen der Zensur“ ausgesetzt.¹³⁶

Beliebt ist der Einsatz der Steuerinspektion, um missliebige Medien wieder unter Kontrolle zu bringen. Es findet sich immer ein Fehler in der Steuererklärung, der es den Behörden ermöglicht, hohe Geldstrafen zu verordnen, die für manche Zeitungen existenzbedrohend sind. So auch im Fall der Zeitung „Moskowskij Komsomolez“, die kritisch über den Verteidigungsminister und

¹³² Vgl. Hassel, F. d): a.a.O.

¹³³ Vgl. Hassel, F. d): a.a.O.

¹³⁴ Vgl. Hassel, F. e): Zum „Schutz“ des russischen Bewusstseins: Doktrin der Informationssicherheit be deutet weitere Einschränkung der Pressefreiheit. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 16.09.2000

¹³⁵ Vgl. Restriktionen für Investoren: Putin stoppt Öffnung der Medienbranche. In: Handelsblatt. Ausgabe vom 01.02.2002

¹³⁶ Vgl. Belarus – News: a.a.O.

El'cin-Freund P. Gratschow berichtete und daraufhin einen Besuch von der Steuerbehörde und eine „empfindliche“ Geldstrafe zu zahlen hatte. Letztendlich entschuldigte sich der Chefredakteur der Zeitung beim Kreml für kritische Berichte.¹³⁷

Ebenso häufen sich in den letzten Jahren Anklagen gegen Journalisten wegen angeblicher „Ehrverletzung“. Anfang 2002 stand die kritische russische Zeitung „Nowaja gazeta“ wegen eines Schadensersatzurteils vor dem Bankrott. Ein Korrespondent der Zeitung hatte sich einen leitenden Richter, den er indirekt der Korruption beschuldigte, zum Feind gemacht. Der Korrespondent, Sergej Solowkin, entging daraufhin knapp einem Attentat und die zweimal wöchentlich erscheinende Zeitung wurde in zwei Verfahren zur Zahlung von umgerechnet 1,5 Millionen US-Dollar verurteilt. Dabei beläuft sich der gesamte Jahresumsatz der Zeitung auf ca. eine Million Dollar.¹³⁸ Nur durch einen Kompromiss konnte das Blatt vor dem Untergang gerettet werden: die Zeitung musste Fehler bei ihrer Berichterstattung einräumen und der prozessführende Richter dafür sorgen, dass „die Schadensersatzsumme auf ein vernünftiges Niveau abgesenkt wird“, so dass die Existenz des Blattes nicht gefährdet ist.¹³⁹

Diese Beispiele sind keine Einzelfälle und zeigen, dass Zeitungen oft ihre Prinzipien aufgeben müssen, um nur weiter erscheinen zu können. So ist es auch leider der Fall, dass viele Journalisten sich mittlerweile so wie zu sowjetischen Zeiten lieber sofort der Selbstzensur unterwerfen, wenn es um Machenschaften der Stadtverwaltung oder der Regierung geht, denn sonst müsste fast jede Zeitung in Russland um ihre Existenz fürchten.¹⁴⁰

W. Putin macht auch mit seinem Kampf gegen die einflussreichen Medienmogule Ernst. Die Oligarchen Beresowskij und Gussinskij sind beim

¹³⁷ Vgl. Urban, T.: a.a.O.

¹³⁸ Vgl. Bensmann, M.: Killer und Richter: Der Feldzug gegen die Pressefreiheit in Russland geht weiter. Jetzt treibt die Moskauer Justiz die regierungskritische „Nowaja Gazeta“ in die Pleite. In: Die Tageszeitung. Ausgabe vom 13.03.2002

¹³⁹ Vgl. Bankrotteure: „Nowaja gaseta“ bleibt bestehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 10.04.2002

¹⁴⁰ Vgl. Urban, T.: a.a.O.

Kreml in Ungnade gefallen und befinden sich nun im Ausland.¹⁴¹ Auf Druck des Kremls musste B. Beresowskij Anfang 2001 die 49 Prozent der Aktien, die er an dem halbstaatlichen Sender ORT besaß, veräußern.¹⁴²

Der Medienkonzern Media-Most von V. Gussinskijs wurde weitgehend zerschlagen.¹⁴³ Der Most-Gruppe gehörten unter anderem die liberale Tageszeitung „Segodnja“ und das Nachrichtenmagazin „Itogi“, sowie der Fernsehsender NTV, die sich vor allem wegen ihrer kritischen Berichterstattung einen Namen gemacht hatten und der Regierung ein „Dorn im Auge“ waren.¹⁴⁴ Nachdem der halbstaatliche Konzern „Gasprom“ den Großteil der Aktienanteile des verschuldeten Media Most Unternehmens erworben hatte, wurde im April 2001 mit Hilfe von bewaffneten Sicherheitsagenten die Redaktion des Senders NTV besetzt und eine neue Führung eingesetzt.¹⁴⁵ Kurz darauf wurde die Redaktion des Magazins „Itogi“ entlassen und das Erscheinen der Zeitung „Segodnja“ eingestellt.

Der private Sender TV-6, der Beresowskij gehörte, hatte den NTV-Journalisten Zuflucht gewährt, aber auch diesem Sender wurde im Januar 2002 die Lizenz entzogen.

Die offizielle Version für die Übernahme der Most-Gruppe und die Lizenzentziehung des TV-6 Senders sind die hohe Verschuldung und die angeblichen finanziellen Machenschaften ihrer Besitzer.¹⁴⁶ Inoffiziell ging es darum, die beiden Mogule auf dem Medienmarkt zu entmachten.¹⁴⁷ Michail Fedotow, Mitverfasser des ersten Mediengesetzes von 1991 meint, der Gussinskij-Konzern sei die einzige Medien-Opposition von Gewicht gewesen, die es in Russland gab.¹⁴⁸ Mittlerweile gibt es im Land fünf staatliche oder halbstaatliche nationale Fernsehsender und keinen einzigen privaten.¹⁴⁹ Es würde wieder derselbe munter-

¹⁴¹ Vgl. Penzlin, C.: Medien in Russland: Russisches Gericht verfügt Liquidierung von TV6. In: e-politik.de URL: http://www.e-politik.de/beitrag.cfm?Beitrag_ID=152, Zugriff am 28.08.02

¹⁴² Vgl. Kharina, N.: a.a.O.

¹⁴³ Vgl. Russland – weder Demokratie noch Diktatur. In: Neue Züricher Zeitung. Ausgabe Nr. 92 vom 21.04.2001, S.1

¹⁴⁴ Vgl. Russland – weder Demokratie noch Diktatur: a.a.O.

¹⁴⁵ Vgl. Rybak, A.; Lassak, F.: Kampf um Russlands Medien entbrannt. In: Financial Times Deutschland. Ausgabe vom 18.04.2001

¹⁴⁶ Vgl. Penzlin, C.: a.a.O.

¹⁴⁷ Vgl. Neubert, M.: a.a.O.

¹⁴⁸ Vgl. Pirogge mit Zyankali: Pressefreiheit. In: Der Spiegel. Ausgabe Nr. 3 vom 14.01.2002, S. 102

¹⁴⁹ Vgl. Neubert, M.: a.a.O.

optimistische Ton auf allen Programmen herrschen, meint der Schriftsteller Wladimir Sorokin.¹⁵⁰

Auch auf dem Pressemarkt versucht der Staat seine Kontrollfunktion auszuweiten. Nach Angaben des russischen Journalistenverbands waren es unter El'cins Regierung 25 Prozent der Printmedien, die sich mittelbar oder unmittelbar im Staatsbesitz befanden. Unter Putin stieg dieser Anteil auf 40 Prozent an (Stand Mai 2001).¹⁵¹

Noch ist die Pressefreiheit in Russland nicht gänzlich abgeschafft. Zunehmend gibt es aber Themen, die für eine kritische Berichterstattung tabu sind. Der Tschetschenien-Krieg fällt weitgehend darunter, aber auch direkte Kritik an Putin.

Es gibt nur noch ganz wenige Zeitungen, die wie „Nowaja Gazeta“ weder dem Kreml noch einem Kapitalgeber gehören und weiterhin unverdrossen der Korruption staatlicher Funktionäre nachgehen und kritisch über den Krieg in Tschetschenien informieren.

3.8.1 Beispiel Tschetschenien

Beim Vergleich der Berichterstattung der Printmedien während der beiden Kriege in Tschetschenien 1994-1996 und 1999-2000 stößt man auf zwei unterschiedliche Ergebnisse.

Aus einer Analyse der Presse, die während des ersten Tschetschenien-Krieges in zwei Etappen 1994 und 1995 von dem russisch-amerikanischen Presse-Zentrum durchgeführt wurde, geht hervor, dass der Krieg lediglich von der Regierungszeitung „Rossijskaja Gazeta“, der Armeezeitung „Krasnaja Swesda“ und der Zeitung der nationalistisch-bolschewistischen Partei „Limonka“ befürwortet wurde. Die meisten Zeitungen lehnten die Lösung des Problems durch Anwendung von Gewalt ab. Dementsprechend informierten sie weitgehend kritisch und objektiv.¹⁵²

Den harten Kurs der Regierung gegen diese Art der Berichterstattung bekamen die Journalisten deutlich zu spüren, vor allem diejenigen, die vor Ort vom Krieg

¹⁵⁰ Vgl. Pirogge mit Zyankali: a.a.O.

¹⁵¹ Vgl. Kharina, N.: a.a.O.

¹⁵² Vgl. Journalismus und Krieg: URL: <http://www.medialaw.ru/publications/books/war/>, Zugriff am 05.09.02

berichteten. Die Befragung der Journalisten, die während der oben genannten Untersuchung durchgeführt wurde, ergab, dass 83 Prozent die Feindseligkeit des Oberkommandos der russischen Streitkräfte fühlten. Die Journalisten wurden täglich bei ihrer Arbeit behindert. Sie wurden von den Angehörigen der Streitkräfte verprügelt und gezielt beschossen, ihnen wurde die Ausrüstung abgenommen.¹⁵³ Die russische Regierung um El'cin versuchte, die Informationen aus dem Kriegsgebiet systematisch zu manipulieren, zu fälschen und vorzuenthalten. Die Bevölkerung sollte stets nur die offizielle Version erfahren.¹⁵⁴ Trotz der Behinderungen durch die Regierung und die geringe Präsenz in russischen Provinzgebieten haben die Zeitungen dennoch mit ihrer Berichterstattung dazu beigetragen, dass die meisten Menschen in Russland den Krieg ablehnten, 1995 äußerten sich 71 Prozent der Bevölkerung negativ über den Einmarsch der russischen Truppen in Tschetschenien.¹⁵⁵

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Berichterstattung der russischen Medien während des zweiten Tschetschenien-Krieges (1999-2000) unter die Lupe nimmt. Die meisten sowohl elektronischen als auch Printmedien wurden seit Kriegsbeginn weitgehend gleichgeschaltet und gaben in ihren Berichten die von den Militärs vorgegebenen offiziellen Informationen wieder. Es gab nur wenige Zeitungen, die ihre kritische Linie beibehalten hatten. Die Mehrheit der unabhängigen Presse habe sich den Streitkräften ergeben, so die „Obščaja gazeta“.¹⁵⁶

Die russische Regierung setzte dieses Mal alles daran, die Berichterstattung aus dem Krisengebiet nicht nur zu behindern, sondern sie gänzlich unmöglich zu machen. Armee und Geheimdienst riegelten Tschetschenien ab. Man wolle die Fehler des vergangenen Tschetschenien-Krieges nicht wiederholen, so die Äußerung des Chefs des russischen Informationszentrums Michael Margelow.

¹⁵³ Vgl. Heyden, U.: Raketen auf die freie Presse. In: Die Tageszeitung. Ausgabe vom 25.02.1995

¹⁵⁴ Vgl. Holm, K.: Desinformation: Russische Medienpolitik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 19.01.1996

¹⁵⁵ Vgl. Heyden, U.: a.a.O.

¹⁵⁶ Vgl. Quiring, M.: "Die Presse hat sich den Streitkräften ergeben": Im Tschetschenien-Krieg wurden die russischen Medien weitgehend gleichgeschaltet. In: Die Welt. Ausgabe vom 13.11.1999

Die Presse sei damals den russischen Truppen in den Rücken gefallen.¹⁵⁷ Der Tschetschenien-Sprecher der Regierung Putin, S. Jasterschemskij, begründete die Vorgehensweise der Regierung mit den Worten, der Staat und die Medien müssten in solchen Situationen (gemeint ist der Tschetschenien-Krieg) gemeinsame Aufgaben erfüllen.¹⁵⁸

Seit Anfang des Krieges durften die Journalisten nur mit einer gesonderten Akkreditierung des russischen Verteidigungsministeriums nach Tschetschenien reisen. In der Regel mussten die Journalisten Wochen und Monate warten, bis sie in eine Pressegruppe aufgenommen wurden, die in das Krisengebiet gebracht und stets von Soldaten des Innenministeriums begleitet wurde. Selbständiges Recherchieren und freie Berichterstattung aus den Kampfgebieten war kaum möglich.¹⁵⁹ Journalisten, die auf eigene Faust nach Tschetschenien reisten, mussten mit Übergriffen, Festnahmen und mit einer Ausweisung rechnen.

Ein internationales Aufsehen erregte der Fall des Korrespondenten des Radiosenders Radio Liberty, Andrej Babitzkij, der im Januar 2000 in Grosnij von russischen Sicherheitsorganen verhaftet wurde und einen Monat lang als vermisst galt.¹⁶⁰ Ähnlich erging es der Journalistin der „Nowaja Gazeta“ Anna Politkowskaja, die im Februar 2001 bei ihren Recherchen festgenommen wurde.¹⁶¹ Zeitungen, die realitätsnah über das Geschehen im Krisengebiet berichten, werden immer öfter der Verbindung mit ausländischen Geheimdiensten beschuldigt oder komplett unter Terrorismusverdacht gestellt.¹⁶² Im Jahre 2000 einigte sich die Regierung auf einen Maßnahmenkatalog, um „Schützenhilfe der Presse für den Terrorismus“ zu unterbinden. Dieses Gesetz verbietet Interviews mit „Staatsfeinden“, zum Beispiel mit dem Expräsidenten von Tschetschenien.

¹⁵⁷ Vgl. Quiring, M.: a.a.O.

¹⁵⁸ Vgl. Halles, F. d): a.a.O.

¹⁵⁹ Vgl. Wehner, M.: Dann denkst du nicht mehr an die Menschen: Micky Maus in Tschetschenien: Wie Russland Reporter im Nordkaukasus behandelt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 14.03.2000

¹⁶⁰ Vgl. Holm, K.: Die Sendboten der neuen Zeit tragen Maske und Kalaschnikow. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 08.02.2000

¹⁶¹ Vgl. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): Welttag der Pressefreiheit: Staatliche Kontrolle über achtzig Prozent der russischen Medien.
URL: <http://www.igfm.de/pm/pm2001/pm0105/pm010503r.htm>, Zugriff am 17.07.2002

¹⁶² Vgl. Quiring, M.: a.a.O.

Zeitungen, die dem keine Folge leisten, müssen mit Verwarnungen des Presseministeriums oder sogar mit strafrechtlichen Konsequenzen rechnen.¹⁶³

Wenn es um die Kriegsberichterstattung geht, so sind die Behinderungen der freien Berichterstattung oder einseitige, im Interesse der Regierung liegende Informationen aus dem Kriegsgebiet Tschetschenien kein Einzelfall.

In den letzten zwölf Jahren sind wir Zeugen von drei Kriegen geworden, des Golf-, des Kosovo- und des Afghanistankrieges, über die die Medien mehr oder weniger ausführlich informierten. Es ist nun mal ein Fakt, dass zum Krieg immer noch Propaganda gehört: ob es der Krieg in Afghanistan oder am Golf vor zehn Jahren war, nach dem Willen der Kriegsherren sollte die Öffentlichkeit vor allem Bilder zu sehen bekommen, die die Überlegenheit der eigenen Waffen und die Legitimität der eigenen Kriegsziele demonstrieren.¹⁶⁴ Es soll stets ein „sauberer“ Hightech-Krieg dargestellt werden, in dem es kaum zivile Opfer gibt.

Die Journalisten waren in diesen Kriegen mehr als oft an die offiziellen Berichte und Filmmaterial des Oberkommandos oder der Verteidigungsministerien angewiesen. Während des Golfkrieges z. B. wurden von den USA einige Beschränkungen bei Berichterstattung aus dem Krisengebiet eingeführt, die von vielen als Zensur und Manipulation der freien Information gewertet wurden. Unter anderem wurden „Pools“ gebildet, die den Truppen folgen durften. In diese „Pools“ wurden aber nur ausgewählte amerikanische Journalisten aufgenommen. Alle Reporter waren verpflichtet, ihre Berichte einer Militärbehörde vorzulegen. Vom militärischen US-Oberkommando wurde entschieden, was über die Vorgänge am Golf im Fernsehen oder in Zeitungsbeiträgen berichtet werden durfte.¹⁶⁵ So gesehen war eine freie Berichterstattung in diesem Fall ebenfalls nicht möglich.

Ähnlich war die Situation im Afghanistan-Krieg. „Wir erleben eine neue Ära der Berichterstattung - wir wissen gar nichts“, klagte ARD-TV-Korrespondent Tho-

¹⁶³ Vgl. Windisch, E.: Mit harter Hand gegen kritische Medien: Die russische Regierung stellt Zeitungen und Sender, die aus Tschetschenien berichten, in die Nähe von Terroristen. In: Der Tagesspiegel. Ausgabe vom 16.03.2000

¹⁶⁴ Vgl. Schröder, D.: Informationspolitik: Krieg verdirbt die Sitten.
URL: http://www.message-online.de/arch1_02/12_schroed.htm, Zugriff am 29.09.02

¹⁶⁵ Vgl. Schröder, D.: a.a.O.

mas Roth von seiner Basis im Norden Afghanistans. In diesem Krieg sei die Pressefreiheit einfach abgeschafft. Die Nachrichtenunterdrückung sei noch effektiver und radikaler als in Tschetschenien, so Thomas Roth.¹⁶⁶

Diese Beispiele sollen auf keinen Fall den Versuch der russischen Regierung, die Berichterstattung aus Tschetschenien zu verhindern oder zu unterbinden, legitimieren. Es soll lediglich darauf hingewiesen werden, dass auch westliche Medien unter dem Problem „leiden“, während der Kriegszeiten im Interesse der Regierungen manipuliert und gleichgeschaltet zu werden.

In Russland nimmt aber dieses, wie es aussieht über die russischen Grenzen hinaus verbreitetes Problem, insoweit größere Ausmaße an, dass die russischen Medien, wie oben dargestellte Beispiele zeigen, regelrechten Repressionen ausgesetzt sind. Russische Journalisten müssen sich nicht nur davor fürchten, im Kriegsgebiet zufällig von einer Kugel getroffen zu werden. Sie müssen vor allem wegen ihrer Kritik an der Vorgehensweise der russischen Regierung in Tschetschenien Angst um ihr Leben haben. So wie „Nowaja Gazeta“-Reporterin Anna Politkowskaja, die wegen ihrer kritischen Tschetschenienberichte verhaftet und aus der Region verwiesen wurde und dann ein Jahr nach Europa fliehen musste, um dem russischen Sicherheitsdienst zu entkommen,¹⁶⁷ oder der Reporter Alexander Chinstein, der Aufzeichnungen von Geschäftsverhandlungen zwischen B. Beresowskij und Tschetschenien-Führern veröffentlicht hatte und dann untertauchen musste, weil er von der Staatsanwaltschaft für psychisch labil erklärt und daraufhin fast in eine psychiatrische Anstalt eingewiesen wurde.¹⁶⁸

Eine der wichtigsten Aufgaben der demokratisch orientierten Medien ist die Wahrnehmung ihrer Kontrollfunktionen gegenüber dem Staat. Ein kritischer Blick hinter die Kulissen ist gerade in Kriegssituationen von größter Bedeutung.

¹⁶⁶ Vgl. Littger, P.: Info – Blockaden: Eine neue Ära der Berichterstattung – wir wissen gar nichts.

In: Die Zeit. Ausgabe Nr. 43/2001

¹⁶⁷ Vgl. Bensmann, M.: a.a.O.

¹⁶⁸ Vgl. Holm, K. b): a.a.O.

4. Schlussbetrachtung

Zusammenfassend muss man feststellen, dass die Entwicklung und die wechselnden Funktionen der Medien in Russland seit der Perestroika stets von den wirtschaftlichen und politischen Faktoren abhängig waren.

Ende der 80er Jahre, während der Glasnost-Zeit, erlangten die Medien ihre Unabhängigkeit. Sie mobilisierten Politik und Gesellschaft, galten als „vierte Gewalt“ im Land und haben entscheidend zum grundlegenden Systemwandel in der ehemaligen Sowjetunion beigetragen.

In den 90er Jahren war einerseits die gesetzliche Verankerung der Meinungs- und Pressefreiheit von größter Bedeutung. Die endgültige journalistische Unabhängigkeit schien endlich gekommen zu sein. Die wirtschaftlichen und politischen Krisen andererseits führten aber die Medien in eine neue Abhängigkeit von Staat und Wirtschaft. Sowohl elektronische als auch Printmedien wurden bis Mitte der 90er Jahre unter einzelnen Oligarchen aufgeteilt und zunehmend für politische Zwecke und Interessen der Kapitalgeber eingespannt. Die zunehmenden Einschränkungen in ihrer ökonomischen Unabhängigkeit führten zur Abnahme des Einflusses der Presse auf den Transformationsprozess in Russland. Die zentrale Presse, die zu den Zeiten der Sowjetunion eine entscheidende Rolle bei der Bildung der individuellen politischen Meinung spielte, ist nun außerhalb der wirtschaftlichen Zentren, wie Moskau oder St. Petersburg, kaum noch präsent.

Trotz der vielen Schwierigkeiten genossen aber vor allem die Printmedien im vergangenen Jahrzehnt im Vergleich zu Sowjetzeiten beträchtliche Freiheiten. Es konnten sich einige Zeitungen und Zeitschriften herausbilden, wie z. B. „Nowaja Gazeta“ oder „Kommersant“, die sich wegen ihrer objektiven und kritischen Berichterstattung auszeichnen und bei den Lesern besonders beliebt sind.

Die überaus restriktive Medienpolitik der letzten Jahre zeigt, dass die größte Gefahr für die Pressefreiheit nicht, wie es vielleicht zunächst aussah, von Kapitalgebern aus der Wirtschaft ausgeht, sondern erneut der Staat darstellt. Der russische Präsident Wladimir Putin hat einen autoritären politischen Weg ein-

geschlagen und lässt den Medien noch weniger Handlungsspielraum als sein Vorgänger.

Russland befindet sich zur Zeit im Zwiespalt zwischen den westlich-demokratischen Prinzipien und Rückfällen in alte autoritäre Machtrichtlinien. Wladimir Putin bestrebt nicht die Wiederherstellung der sowjetischen Verhältnisse. Es ist klar, dass die Planwirtschaft nicht die Lösung für den wirtschaftlichen Erfolg ist, und dass Russland ohne Modernisierung den Anschluss an den Westen, was eines der Ziele von Putins Politik ist, nicht schaffen wird. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist immer noch kritisch, es herrschen nach wie vor Korruption und Vetternwirtschaft. Die Mehrheit der russischen Bevölkerung wünscht sich mittlerweile eine starke Führung.¹⁶⁹ Dennoch wäre es falsch, anzunehmen, die Russen möchten die alten Verhältnisse wiederhergestellt haben. Was man sich jetzt am meisten in Russland wünscht, ist die innenpolitische Ruhe. In Putin sehen viele den richtigen Mann dafür, die Ordnung wiederherzustellen. Bei seiner Wahl zum Präsidenten Russlands versprach er eine „Diktatur des Gesetzes“ und eine „Diktatur des Rechts“. Sein Ziel ist, Russland zu neuer Stärke zu verhelfen, deshalb beschäftigt er sich vermehrt mit innenpolitischen Missständen. Dies hat ihm zu einer ungeheueren Popularität unter der russischen Bevölkerung verholfen.

Seine Politik deutet aber auch wenig auf den Aufbau einer demokratischen Ordnung nach westlichem Verständnis hin, zu der auch Meinungs- und Pressefreiheit gehören.¹⁷⁰ „Die Freiheit des Wortes“ endet für Putin dort, wo russische Journalisten die Linie der Staatspropaganda verlassen. Die Medien sollen wieder zunehmend zur „patriotischen Erziehung der russischen Bürger“ beitragen. Dieser Geisteswandel an der Spitze des Landes wird von vielen als sehr beunruhigend angesehen. Ebenfalls wie die Tatsache, dass der öffentliche Druck auf die Medien immer mehr nachlässt und ca. 60 Prozent der Bürger sich die Wiedereinführung der Zensur wünschen.¹⁷¹ Diese Tendenz könnte darauf hindeuten, dass ein großer Teil der russischen Bevölkerung den Prozess der Resowje-

¹⁶⁹ Vgl. Haug, R.: Russland unter Putin: Eine Sphinx auf dem Zarenthron?

URL: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/23_01/russland4.htm, Zugriff am 17.07.02

¹⁷⁰ Vgl. Kap. 2.8: Erweiterung der Staatskontrolle über die Massenmedien

¹⁷¹ Vgl. Kobayakov, A. b): Vlast i pressa. URL: <http://www.mediasprut.ru/public/all/nishni2002.shtml>, Zugriff am 20.08.02

tisierung, der auf dem Gebiet der Medienpolitik stattfindet, d.h. den Versuch, die Medien erneut durch Zentralisierung und Verstaatlichung gleichzuschalten, akzeptiert. Dennoch kann man sich nicht vorstellen, dass die Menschen die „alten“ Zustände der Unwissenheit zurückhaben wollen.

Unter den bereits skizzierten Umständen deutet momentan wenig darauf hin, dass sich die Regierung für die Weiterentwicklung und Absicherung der Medien- und Informationsfreiheit einsetzen wird. Eher sind weitere Einschränkungen zu erwarten. Die Medienpolitik in Russland ist von systematischen staatlichen Lenkungsversuchen beherrscht.¹⁷² Vor allem in der russischen Provinz sorgen regionale Politiker dafür, dass es immer schlechter um die Pressefreiheit steht. Trotz der zahlreichen Einschränkungen in der Medienpolitik wäre es übertrieben, die heutige Situation der Medien mit der unter dem totalitären Kontrollsystem der KPdSU gleichzusetzen. Die Regierung scheint die Ansicht zu verfolgen, dass Kontrolle nötig ist. Dabei ist die Kritik zwar möglich, nur eben genau so viel, dass die Machtposition nicht gefährdet wird. Dennoch können vor allem die Printmedien kritische Äußerungen veröffentlichen, und die Bürger können immer noch einige kritische Quellen finden, wenn sie sich ernsthaft informieren wollen.

Zu einer allumfassenden Kontrolle des Kreml über die Massenmedien wird es sicherlich nicht kommen. Aber die politische Entwicklung im Land gibt im Moment wenig Ansatzpunkte dafür, dass in absehbarer Zukunft zum einen ein unabhängiges Informationssystem geschaffen wird und zum anderen die Printmedien ihre Funktion als Kontrollinstanz ausbauen werden können. Ebenso werden die Printmedien auch in Zukunft wahrscheinlich nur wenig Einfluss auf die öffentliche Meinungsbildung nehmen können. Dennoch ist die Unabhängigkeit der Printmedien so weit fortgeschritten, dass sie sich trotz der Einschränkungen durch die Regierung einer totalen staatlichen Kontrolle entziehen kann.

¹⁷² Vgl. Kap. 2.8: a.a.O.

Literaturverzeichnis

Geißlinger, Esther: Zwischen Putsch und Preissteigerung: Russische Medien auf dem Weg vom „alten“ zum „neuen“ Journalismus. In: Publizistik: Vierteljahreshefte für Kommunikationsforschung. Christina Holtz-Bacha; Arnulf Kutsch; Wolfgang R. Langenbacher [u.a.] (Hrsg.). Wiesbaden: Westdeutscher Verl. GmbH 1997, 42. Jg., S. 346-360

Hübner, Peter: Der Zerfall des „einheitlichen Informationsraums“ in Russland und der ehemaligen Sowjetunion: Teil I: Presselandschaft. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 1995, H. 49

Hübner, Peter: Pressefreiheit in Russland: Das Recht auf freien Zugang zu Information. In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 1997, H. 43

Hübner, Peter: Pressefreiheit in Russland: Großaktionäre als Zensoren? In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 1998, H. 34

Hübner, Peter: Russland: Ein Jahrzehnt nach der sowjetischen Informationsdiktatur: Scheitern Informationsfreiheit und Demokratie, zerbricht die staatliche Einheit? In: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (Hrsg.). Köln, 2000, H. 2

Präambel der sowjetischen Verf. 1977, abs. 1: „Es begann die welthistorische Wende der Menschheit vom Kapitalismus zum Sozialismus.“ In: Handbuch der Sowjetverfassung Bd. 1 / redigiert von Martin Fincke. Berlin: Duncker und Humblot, 1983. (Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts München: Reihe Wirtschaft und Gesellschaft; H. 19), S. 110

Steinsdorff, Silvia von: Russland auf dem Weg zur Meinungsfreiheit: Die Pluralisierung der russischen Presse zwischen 1985 und 1993. Prof. Dr. Margareta Mommsen (Hrsg.). Münster; Hamburg: Lit 1994. (Osteuropa-Studien; Bd. 1)

Trautmann, Ljuba: Demokratisierung oder Resowjetisierung? Die russischen Massenmedien im Transformationsprozess. In: Medien und Transformation in Osteuropa. Barbara Thomas; Michaela Tzankoff (Hrsg.). 1. Aufl. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag GmbH 2001, S. 203-235

Trautmann, Ljuba: Russland zwischen Diktatur und Demokratie: Die Krise der Reformpolitik seit 1993. In: Dieter S. Lutz (Hrsg.) 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges. 1995, (Demokratie, Sicherheit, Frieden; Bd. 95)

Wendler, Hauke: Russlands Presse zwischen Unabhängigkeit und Zensur. Die Rolle der Printmedien im Prozess des politischen Systemwandels 1990 bis 1993. Franz Golczewski; Karl-Heinz Schlarp; Günter Trautmann (Hrsg.). Münster: Lit 1995. (In: Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik; Bd. 6)

Zeitungs- und Zeitschriftenaufsätze:

Bankrotteure: „Nowaja gaseta“ bleibt bestehen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 10.04.2002

Baumeister, Thomas: Druck auf Russlands Presse: Jelzin versucht die Medien zu manipulieren. In: Die Zeitung. Ausgabe Nr. 3 von Juli/August 1998

Bensmann, Marcus: Killer und Richter: Der Feldzug gegen die Pressefreiheit in Russland geht weiter. Jetzt treibt die Moskauer Justiz die regierungskritische „Nowaja Gazeta“ in die Pleite. In: Die Tageszeitung. Ausgabe vom 13.03.2002

Dubatow, Alexeij: Hochglanz für Moskau: Von „Playboy“, „Vogue“ bis zur Autorevue“: In Russland boomen westlich angehauchte Magazine. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 08.02.2000

Hassel, Florian a: Viele wollen in Russland der Pressefreiheit an den Kragen: Die russische Presse leidet seit der Wende unter rasant fallenden Auflagenzahlen / Politische Einflussnahmen sind noch immer an der Tagesordnung. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 27.05.1998

Hassel, Florian b: Eine schlichte Todesanzeige verkündet das Ende des Telegrafens: Russlands Zeitungen und Fernsehsender werden von der Krise hart getroffen, schon gibt es erste Opfer. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 28.09.1998

Hassel, Florian c : Die Angst vor der Informationsdiktatur: Russlands Medien stehen seit der Wahl Putins unter enormem Druck. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 31.05.2000

Hassel, Florian d: Der Geist sowjetischer Unterdrückung oder: Informationskrieg. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 29.07.2000

Hassel, Florian e: Zum „Schutz“ des russischen Bewusstseins: Doktrin der Informationssicherheit bedeutet weitere Einschränkungen der Pressefreiheit. In: Frankfurter Rundschau. Ausgabe vom 19.09.2000

Heyden, Ulrich: Raketen auf die freie Presse. In: Die Tageszeitung. Ausgabe vom 25.02.1995

Holm, Kerstin a: Desinformation: Russische Medienpolitik. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 19.01.1996

Holm, Kerstin b: Die Sendboten der neuen Zeit tragen Maske und Kalaschnikow. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 08.02.2000

Hülsmeier, Dorothea: Pressefreiheit: IPI – Kongress in Moskau: Russische Journalisten beklagen Abhängigkeit. In: dpa – Informationen vom 28.05.1998

Kagarlitzki, Boris: NTW heißt Pressefreiheit?: Russlands liberaler Journalismus und sein größter privater TV – Kanal. In: Sozialistische Zeitung. Ausgabe Nr. 9 vom 25.04.2001, S. 11

Kasakow, Jurij: Eingeschüchtert und erniedrigt: Die russischen Medien in den Zeiten des Umbruchs. In: Die Zeitung. Ausgabe vom Oktober 1995, S. 22-23

Kharina, Nathalie: Vogelfrei: im goldenen Staatskäfig: Russland und die Pressefreiheit. In: epd Medien. Ausgabe Nr. 37 vom 12.05.2001

Kobiakow, Andrej: Welche „Prawda“ ist wahrer?: Sowjetische Zeitungen – und was aus ihnen nach dem Ende der UdSSR wurde. In: Die Welt. Ausgabe vom 25.11.2000

Littger, Peter: Info – Blockaden: Eine neue Ära der Berichterstattung – wir wissen gar nichts. In: Die Zeit. Ausgabe Nr. 43/2001

Manaev, Oleg: Etablierte und alternative Presse in der Sowjetunion unter den Bedingungen der Perestrojka. In: Media Perspektiven. Frankfurt a. M., 1991, H.2, S. 96-104

Margolina, Sonja: Die letzte Bastion: Die Medienfreiheit in Russland ist in Gefahr – Aus russischen Zeitschriften. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 07.08.1997

Neubert, Miriam: Das Halsband: Die Kontrolle der Medien bringt Russland aus dem Gleichgewicht. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 16./17.02.2000

Nienhuysen, Frank: Das Medienbuckeln: Auch Russlands liberale Wochenzeitung scheut die Kritik an Putin. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 03.07.2000

Pirogge mit Zyankali: Pressefreiheit. In: Der Spiegel. Ausgabe Nr. 3 vom 14.01.2002, S. 102

Pleines, Heiko: Entwicklungen im russischen Medienmarkt. In: Media Perspektiven, Frankfurt a. M., 1997, H. 7, S. 391-399

Quiring, Manfred: "Die Presse hat sich den Streitkräften ergeben": Im Tschechenien-Krieg wurden die russischen Medien weitgehend gleichgeschaltet. In: Die Welt. Ausgabe vom 13.11.1999

Russland-weder Demokratie noch Diktatur. In: Neue Züricher Zeitung. Ausgabe Nr. 92 vom 21.04.2001, S.1

Rybak, Andrej; Lassak, Frank: Kampf um Russlands Medien entbrannt. In: Financial Times Deutschland. Ausgabe vom 18.04.2001

Urban, Thomas: Boris und die Brandschützer. In: Süddeutsche Zeitung. Ausgabe vom 24.08.1999

Wehner, Markus: Die Pressefreiheit in Russland liegt in den Händen der Sponsoren: Das Beispiel zweier Moskauer Zeitungen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 23.07.1997

Wehner, Markus: Dann denkst du nicht mehr an die Menschen: Micky Maus in Tschetschenien: Wie Russland Reporter im Nordkaukasus behandelt. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. Ausgabe vom 14.03.2000

Windisch, Elke: Mit harter Hand gegen kritische Medien: Die russische Regierung stellt Zeitungen und Sender, die aus Tschetschenien berichten, in die Nähe von Terroristen. In: Der Tagesspiegel. Ausgabe vom 16.03.2000

Internetseiten:

„Argumenty i fakty“: URL: <http://www.aif.ru>, Zugriff am 18.08.02

Belarus News: Genug der Pressefreiheit? – In Russland und anderen GUS-Staaten stehen die Massenmedien unter zunehmendem Druck. In: Belarus-News.

URL: http://www.belarusnews.de/news_de/2001/politik/1020185743.shtml,
Zugriff am 17.07.02

Deppe, Jens: Über Pressefreiheit und Zensurverbot in der Russländischen Föderation: Eine Untersuchung über die gesetzliche und tatsächliche Ausgestaltung der verfassungsrechtlichen Freiheitsgarantie. Hamburg, Univ., Diss., 2000, Kap. 1.8. URL: <http://www.russianmedia.de/dissertation/index.htm>, Zugriff am 17. 07.02

Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM): Welttag der Pressefreiheit: Staatliche Kontrolle über achtzig Prozent der russischen Medien.

URL: <http://www.igfm.de/pm/pm2001/pm0105/p010503r.htm>, Zugriff am 17.07.2002

Journalismus und Krieg: URL: <http://www.medialaw.ru/publications/books/war/>,
Zugriff am 05.09.02

Kobyakov, Andrei a: Nowij Kodex-nowije garantii polučenija informazii.

URL: <http://www.mediasprut.ru/info/pravo/zumkodex.shtml>,
Zugriff am 20.08.02

Kobyakov, Andrei b: Vlast i pressa.

URL: <http://www.mediasprut.ru/public/all/nishni2002.shtml>, Zugriff am 20.08.02

Penzlin, Carsten: Medien in Russland: Russisches Gericht verfügt Liquidierung von TV6. In: e-politik.de

URL: http://www.e-politik.de/beitrag.cfm?Beitrag_ID=152, Zugriff am 28.08.02

ROG Aktuell: Pressefreiheit in der Russischen Föderation: Medien in Russland-zurück zur Gleichschaltung? In: Reporter ohne Grenzen. Pressemitteilung vom 14.06.2000.

URL: <http://www.reporter-ohne-grenzen.de/news/presse20000614a.html>,
Zugriff am 17.07.02

Russian Media Law: „Gesetz über die Presse und andere Mittel der Massenin-formation“. URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/ZoSMI1990.htm>,
Zugriff am 20.07.02

Russian Media Law: „Gesetz über die Massenmedien“.

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/ZoSMI%20RF%202002.htm>,
Zugriff am 17.08.02

Russian Media Law: Verfassung der Russischen Föderation.

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/RF%20Verfassung.htm>,
Zugriff am 17.08.02

Russian Media Law: „Gesetz über das Staatsgeheimnis“.

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/gostaina.htm>,
Zugriff am 17.08.02

Russian Media Law: „Gesetz über Information, Informatisierung und den Schutz von Information“.

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/Zinfo.htm>, Zugriff am 17.08.02

Russian Media Law: „Gesetz über die staatliche Unterstützung der Massenmedien“.

URL: <http://www.russianmedia.de/RF%20laws/Aid%20of%20the%20State.htm>,
Zugriff am 17.07.02

Schröder, Dieter: Informationspolitik: Krieg verdirbt die Sitten.

URL: http://www.message-online.de/arch1_02/12_schroed.htm,
Zugriff am 29.09.02

Schwarz, P. : Russland vor der Dumawahl. World Socialist Web Site.

URL: <http://www.wsws.org/de/1999/dez1999/duma-d17.shtml>,
Zugriff am 10.09.02

Spiegel Online: Neuer Journalistenmord in Russland. In: Spiegel online. Ausgabe vom 03.05.2002.

URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,194552,00.html>, Zugriff am
17.07.02

„Wöchentlicher Journal“: URL: <http://www.ej.ru>, Zugriff am 23.09.02

Haug, Roland: Russland unter Putin: Eine Sphinx auf dem Zarenthron?

URL: http://www.lpb.bwue.de/aktuell/bis/23_01/russland4.htm,
Zugriff am 17.07.02

Erklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbständig angefertigt habe. Es wurden nur die in der Arbeit ausdrücklich benannten Quellen und Hilfsmittel benutzt. Wörtlich oder sinngemäß übernommenes Gedankengut habe ich als solches kenntlich gemacht.